

200 170

120
DIN 19 051

120 100 120

Frich Ollenhauer » Dem ganzen
deutschen Volk verpflichtet «



DEM GANZEN DEUTSCHEN VOLK VERPFLICHTET



In dieser Schrift finden Sie eine programmatische Darstellung der sozialdemokratischen Vorstellungen und Absichten für die 3. Gesetzgebungsperiode des Bundestages. Sie basiert auf der Antwort auf die Regierungserklärung, die der Vorsitzende der SPD und Sprecher der sozialdemokratischen Opposition, Erich Ollenhauer, im Namen seiner Fraktion am 5. November 1957 im Bundestag vorgebracht hat.

Interessentengruppen und Regierungsbildung

Das äußere Bild des dritten Deutschen Bundestages erweckt den Anschein, als ob der Wahlausgang vom 15. September die Politik in der Bundesrepublik vereinfacht habe. Die Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien ist auf vier, oder besser gesagt, auf dreieinhalb heruntergegangen, und das Kräfteverhältnis zwischen den beiden größten Parteien, der CDU/CSU und der SPD, steht eindeutig zugunsten der CDU/CSU.

Dennoch ist die dritte Regierung Adenauer nur nach großen Schwierigkeiten zustandegekommen. Die Ursache dafür liegt darin, daß sich die Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessentengruppen in die Mehrheitspartei selbst verlagert haben. Diese Interessentengruppen haben ihre Wünsche und Forderungen mit großem Nachdruck vertreten und zum größten Teil mit Erfolg durchgesetzt. Die personellen Veränderungen in der neuen Regierung sind im wesentlichen auf diese Einwirkungen zurückzuführen. Die Härte der Auseinandersetzungen hat selbst Bundeskanzler Dr. Adenauer veranlaßt, sich über den Druck durch die Interessentengruppen und -verbände öffentlich zu beklagen. Dr. Adenauer kann allerdings über diese massive Intervention am wenigsten erstaunt gewesen sein, denn es sollte ihm doch klar sein, daß diese Interessentengruppen nach der Wahl die Rechnung für die großen finanziellen Zuwendungen an die CDU/CSU während des Wahlkampfes präsentieren würden.

Die Gefahren, die sich für die Entwicklung der Demokratie aus dieser Art von Wahlkampffinanzierung ergeben, sind so offenkundig geworden, daß der dritte Bundestag unausweichlich vor der Aufgabe steht, durch die Schaffung des seit langem fälligen Parteiengesetzes die Finanzierung der politischen Parteien unter eine scharfe und effektive Kontrolle zu stellen. Wenn die Regierung selbst nicht die Initiative ergreift, dann wird die Sozialdemokratische Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Ebenso wichtig ist aber die Abwehr der dauernden Einwirkung der Interessenvertreter auf die Gesetzgebung. Es wächst die Zahl der Abgeordneten, die ihr Mandat nur als Vertreter ihrer Interessentengruppen ausüben. Diese Entwicklung bedeutet eine Gefährdung und Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie, die gar nicht ernst genug genommen werden kann.

Wir warnen die Mehrheit des Bundestages auch vor jeder neuen Manipulation mit dem Wahlrecht. Das Beste wäre, das Wahlsystem nach einer Vereinbarung mit allen demokratischen Fraktionen im Grundgesetz festzulegen, und es damit für die Zukunft aus allen parteitaktischen Überlegungen auszuschalten.

Unwürdige Manipulationen bei der Kabinettsbildung

Vor einem Eingehen auf den sachlichen Inhalt der Regierungserklärung ist ein deutliches Wort der Kritik und des Bedauerns angezeigt über die Art und Weise, wie auch diesmal die personelle Zusammensetzung des Kabinetts geregelt wurde. Der Bundeskanzler hat diese Veränderungen mit der notwendigen Neuverteilung der Aufgaben verschiedener Ministerien begründet. Die von ihm vorgebrachten Argumente waren offensichtlich sogar für die betroffenen Mitglieder seiner Regierung neu und überraschend.

Da war zunächst der Wechsel im Bundesfinanzministerium. Fritz Schäffer mußte gehen. Sicher nicht nur, weil Dr. Adenauer es so wollte, sondern weil bestimmte Kreise in der deutschen Wirtschaft seit langem eine Änderung gefordert haben.

Schäffer ist sicher zu seiner eigenen Überraschung als Justizminister auf der Rosenburg gelandet. Im Volksmund kommentiert man diese erstaunliche Lösung mit der Bemerkung: Wir haben diesmal zwar keine „Minister ohne besondere Aufgaben“, aber dafür verfügen wir über die Rosenburg als Altersheim des Kabinetts. Das ist ein bitteres Urteil für Fritz Schäffer, aber es zeigt auch die Entwertung eines so wichtigen Ministeriums wie des Justizministeriums im Bewußtsein des Volkes. Das ist umso bedauerlicher, als der Bundeskanzler selbst dem neuen Justizminister eine so weitgehende und entscheidende Aufgabe wie die Durchführung der neuen Straf-

rechtsreform zugebracht hat. Wenn die Lösung einer solchen Aufgabe in der neuen Legislaturperiode tatsächlich erreicht werden soll, dann wäre hier — ohne Herrn Schäffer nahe treten zu wollen — eine ganz andere und überzeugendere personelle Lösung notwendig gewesen.

An die Stelle von Fritz Schäffer als Finanzminister ist Franz Etzel getreten, der bisher Vizepräsident der Hohen Behörde der Montanunion gewesen ist. Man wird die Tätigkeit des neuen Finanzministers kritisch zu beobachten und zu verfolgen haben. Aber in diesem Zusammenhang sei ein anderes Wort gesagt: Wo bleibt eigentlich der europäische Geist der CDU/CSU und ihrer Regierung? Vor Jahr und Tag bei der Gründung der Montanunion ist die Ernennung von Franz Etzel zum Vizepräsidenten der Montanunion als ein großer Erfolg und als der Beginn einer effektiven europäischen Zusammenarbeit auf den wichtigsten Gebieten unserer Wirtschaft gepriesen worden. Inzwischen hat der Präsident der Hohen Behörde zweimal gewechselt. Jean Monnet wurde durch René Mayer ersetzt, und vor einigen Wochen hat René Mayer seinen Rücktritt erklärt, um sich in die Privatindustrie zurückzuziehen.

Zweifellos bestand in diesem Augenblick die Möglichkeit, ohne große Schwierigkeiten Franz Etzel zum Präsidenten der Hohen Behörde wählen zu lassen. Stattdessen bemühte sich Etzel um ein Bundestagsmandat und gehörte nach dem 15. September zu den Ausdauerndsten in der langen Reihe der Ministerkandidaten. Es ist sehr schwer vorstellbar, daß es bei der nun notwendig werdenden Besetzung der beiden Präsidentenposten in der Hohen Behörde möglich sein wird, einen deutschen Vertreter zum Präsidenten wählen zu lassen. Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie schnell der europäische Geist der CDU/CSU kapituliert, wenn es um wirtschaftliche oder persönliche Interessen geht, und wie leichtfertig deutsche Interessen bei der Vertretung in einer so wichtigen internationalen Körperschaft wie der Hohen Behörde in der Montanunion preisgegeben werden.

Unsere schärfsten Widerspruch fordert die Übertragung der Jugendförderung auf das Familienministerium heraus. Wir lehnen sie sowohl aus sachlichen wie aus personellen Gründen ab. Die Behauptung des Bundeskanzlers, die Förderung der Jugend gehöre

organisch zu den Aufgaben des Familienministeriums, ist in der Sache falsch. Die Entscheidung für die Neuverteilung dieser Aufgabe ist ja auch aus ganz anderen Gründen gefallen. Man will jetzt der moralischen Aufrüstung der Familie durch diesen Minister auch noch die moralische Aufrüstung der Jugend im Geist dieses Ministers hinzufügen.

Mit der Angliederung der Förderung der Jugendarbeit an das Familienministerium geht man in der Zeit der Jugendpflege zurück. Damals, im kaiserlichen Deutschland, vor 45 Jahren startete man die Betreuung der Jugend unter dem Begriff der staatlichen Jugendpflege und im Zeichen von Schwarz-Weiß-Rot. Die deutsche Jugendbewegung hat diesem Versuch sehr schnell ein Ende gesetzt, und die Entwicklung der deutschen Jugendarbeit von der Jugendpflege zur Jugendbewegung in allen weltanschaulichen und politischen Lagern unserer Jugend in den zwei Jahrzehnten zwischen 1913 und 1933 gehört zu den erfreulichsten und fruchtbarsten Perioden in der Geschichte deutscher Jugendarbeit.

Wenn wir heute die Jugendarbeit unter der Verantwortung von Herrn Würmeling sehen, dann scheint es, als habe es die deutsche Jugendbewegung überhaupt nicht gegeben, als seien wir wieder nach 1912 zurückgekehrt. Nur mit dem Unterschied, daß die Farben sich vereinfacht haben, aber die Vereinfachung der Politik ist ja nach der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers das große Geheimnis seines Erfolges.

Es geht aber in der Frage der Jugendarbeit nicht um die ressortmäßig beste Lösung im Sinne des katholischen Flügels der CDU, es geht um die jungen Menschen, die ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten wollen und die einen Anspruch darauf haben, daß der Staat, die Allgemeinheit, ihr dabei im Geist der Aufgeschlossenheit und der Toleranz helfen.

Warum hat Bundeskanzler Dr. Adenauer die Vertreter der Jugend, die in den vergangenen Jahren in ihrem Zusammenschluß im Bundesjugendring eine sehr verdienstvolle und verantwortungsbewußte Arbeit geleistet haben, nicht vor seiner Entscheidung gehört? Wir sprechen immer soviel von der Notwendigkeit eines positiven Verhältnisses unserer jungen Generation zum demokratischen

Staat. Die Art und Weise, wie hier die Jugend als Objekt behandelt worden ist, kann diese Aufgabe nur erschweren.

In der Zusammenarbeit zwischen Jugend und Staat spielt — mehr als auf anderen Gebieten — die Art der Persönlichkeit eine Rolle, die den Staat gegenüber der Jugend repräsentiert. Man tritt Herrn Minister Würmeling sicher nicht zu nahe, wenn man sagt, daß seine Art, die sicher auf einer tiefen und ehrlichen Überzeugung beruht, seine Art des kämpferischen und dogmatischen und damit auch notwendigerweise intoleranten Streitlers, alle die Eigenschaften vermissen läßt, die der Jugendminister der Bundesrepublik im Verhältnis zur Jugend unserer Zeit braucht: Toleranz, Großzügigkeit und Respekt vor den eigenen Lebenswerten und Lebensvorstellungen unserer Jugend von heute.

Der Bundeskanzler hat davon gesprochen, daß er nicht sicher sei, ob er in allen Fällen mit der neuen Aufgabenverteilung das Richtige getroffen habe. Nach unserer Auffassung handelt es sich hier um eine Fehlentscheidung. Sie sollte so schnell wie möglich korrigiert werden.

Der betrübliche Hintergrund solcher Fehlentscheidungen ist die Aus handlung von Ministersitzen nach der Konfession ihrer Kandidaten. Auch der Bundestagsabgeordnete Kiesinger ist nicht an einem Mangel an sachlicher oder persönlicher Eignung für ein Ministeramt gescheitert, sondern wie er selbst sagte, an der Tatsache, daß er das falsche Gesangbuch besaß. Man wird verstehen, daß solche Manipulationen das Vertrauen weiter Schichten der Bevölkerung in die dritte Regierung Adenauer nicht stärken werden.

Ebenso bedauerlich aber ist es, daß keiner der Minister, die auf Grund solcher arithmetischer Überlegungen von einem Ressort auf das andere geschoben bzw. abgeschoben wurden, sich daran erinnert hat, daß man ja nicht gezwungen werden kann, unter allen Umständen Minister zu bleiben. Es stünde um die Sache der Demokratie und um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit besser, wenn sich in diesem unwürdigen Spiel mehr Männer wie Dr. Heinemann und Dr. Dehler gefunden hätten, die sich geweigert hätten, ihren politischen Namen solchen Manipulationen zu opfern.

Abschließend sei zu diesem Punkte gesagt, daß die Sozialdemokraten die Schaffung von parlamentarischen Staatssekretären

— zumindest so wichtigen und belasteten Ministerien wie dem Verteidigungsministerium und dem Außenministerium — für vorordlicher halten als die jetzt vorgenommene Neuverteilung der Aufgaben.

Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition

In der Regierungserklärung ist wieder einmal von dem wünschenswerten Zusammengehen von Regierung und Opposition in den entscheidenden nationalen Fragen die Rede gewesen. Wir müssen feststellen, daß es bis jetzt immer bei solchen feierlichen Erklärungen zu Beginn einer neuen Legislaturperiode geblieben ist. Wir sind auch dieses Mal skeptisch, weil wir vor allem geringes Vertrauen zu der Fähigkeit des Chefs dieser Regierung haben, im Geiste der Verständigung zu handeln.

Das Entscheidende aber ist, daß es nicht genügt, solche Erklärungen nach der gewonnenen Schlacht abzugeben, sondern daß man die staatserhaltende Rolle der parlamentarischen Opposition auch während des Wahlkampfes respektiert. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat den Wahlkampf jedoch mit derartigen Unterstellungen und politischen Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie geführt, daß er damit praktisch die Sozialdemokratie als eine außerhalb der demokratischen Ordnung stehende und im Grunde staatsfeindliche Partei hinstellen versuchte.

Politische Gegensätze und politische Auseinandersetzungen gehören zum Wesen der Demokratie; aber für die innere Gesundheit und Lebenskraft unserer Demokratie ist ein Mindestmaß von Achtung vor dem politischen Gegner und ein Mindestmaß von Vertrauen in die Loyalität des politischen Gegners gegenüber den verfassungsmäßigen Grundlagen unserer staatlichen Ordnung unerlässlich. Daran hat es gefehlt. Es wird ein großes Maß von Anstrengung und gutem Willen dazu gehören, um die hier unnötigerweise und mutwillig geschlagenen Wunden wieder zu heilen.

Die Sozialdemokratische Partei war stets bereit und ist auch heute bereit, in den lebenswichtigen Fragen unseres Volkes zu einer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition zu kommen.

Das wird aber nur möglich sein, wenn die Regierung, und vor allem ihr Chef, sich endlich dazu bereifindet, die Opposition laufend so zu informieren, daß sie sich in ihrer eigenen Urteilsbildung auch auf alle der Regierung zur Verfügung stehenden Kenntnisse stützen kann.

Unerlässlich ist ferner, daß die Opposition vor grundlegenden außen- und innenpolitischen Entscheidungen über die Absichten der Regierung informiert wird, damit sie sich auf der Grundlage dieser Informationen darüber schlüssig werden kann, ob und in welchem Umfange sie die Regierung unterstützen oder die von ihr in Aussicht genommene Politik ablehnen muß. Völlig undiskutabel ist die bisher geübte Praxis, zunächst die Entscheidung der Regierung zu fällen und dann die Opposition zu fragen, ob sie bereit ist, sich dieser Politik anzuschließen. Die Sozialdemokratie ist jedenfalls auch in Zukunft nicht bereit, sich in eine solche Satellitenposition zu begeben.

Die sozialdemokratische Position

Der Beginn der Tätigkeit des dritten Deutschen Bundestages bedeutet auf jeden Fall einen gewissen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik, und sowohl Regierung wie Opposition haben die Pflicht und die Möglichkeit, vor der deutschen Öffentlichkeit ihre Position neu zu bestimmen. Die Sozialdemokratische Partei vertritt in diesem Bundestag 9^{1/2} Millionen Wählerinnen und Wähler. Sie haben sich nach einem überaus harten und ungleichen Kampf für die Sozialdemokratie entschieden. Wir betrachten es als unsere Pflicht, das Vertrauen dieser Frauen und Männer zu erhalten und zu stärken.

Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, lediglich als die Negation zur Regierung und ihrer Politik zu wirken, sondern die Politik der Regierung und ihrer Mehrheit immer wieder nach unseren eigenen Maßstäben zu prüfen und den Versuch zu machen, die Arbeit des Parlaments und der Regierung in die Richtung unserer eigenen Vorstellung über die beste innere und äußere Ordnung unserer Angelegenheiten zu drängen.

In diesem Sinne sind die folgenden Ausführungen nicht nur eine polemische Auseinandersetzung mit der Regierung und ihrer parlamentarischen Mehrheit, sondern auch eine programmatische Darstellung der sozialdemokratischen Vorstellungen und Absichten für die nächste Legislaturperiode.

Einheit in Freiheit

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit muß die vordringlichste Aufgabe der Politik jeder Bundesregierung sein und bleiben. Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt im Hinblick auf diese große nationale und europäische Aufgabe ein Provisorium. Die Dauer der Spaltung unseres Landes und die Hindernisse, diese Spaltung zu überwinden, dürfen nicht zu einer Gewöhnung an diesen unglücklichen Zustand führen.

Es wäre eine falsche Interpretation des Wahlergebnisses vom 15. September, wenn man daraus schließen wollte, daß der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik die Sache der Wiedervereinigung gleichgültig geworden sei, oder daß sie sie zumindestens nicht als aktuell empfinde. Sollte es jedoch im Laufe der Zeit solche Ermüdungserscheinungen geben, dann ist es erst recht die Pflicht der Bundesregierung, nicht nur durch Appelle und feierliche Bekenntnisse, sondern durch immer neue Initiativen in ihrer Außenpolitik dafür zu sorgen, daß die Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Tagesordnung der internationalen Politik bleibt, und daß jede denkbare Möglichkeit genutzt wird, um sie ihrer Lösung näherzubringen.

Die Konsequenz einer solchen Einstellung ist, daß wir die innen- und außenpolitischen Probleme der Bundesrepublik nicht nur sehen unter dem Gesichtspunkt, wie wir das Leben unserer Mitbürger in der Bundesrepublik so vernünftig und sinnvoll wie möglich gestalten können, sondern daß wir unsere Entscheidungen und Maßnahmen immer wieder orientieren an ihren Auswirkungen auf das Gesamtgeschick unseres Volkes — diesseits und jenseits der Zonengrenze. Wir dürfen nie vergessen, daß eine vernünftige saubere demokratische Ordnung in diesem Teil Deutschlands nicht nur dem Wohl der Menschen dient, die hier leben und wirken, sondern daß eine

solche Ordnung auch die größte positive politische Kraft auf unserer Seite in der Auseinandersetzung mit den fatalitären Kräften jenseits der Zonengrenze und im Osten Europas überhaupt ist.

Bewahrung einer freiheitlichen demokratischen Ordnung

Die Lösung dieser Aufgabe beginnt mit der Gestaltung der Innenpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes. Die parlamentarische Demokratie, so wie sie in unserem Grundgesetz verankert ist, darf nicht verfälscht und darf nicht eingeschränkt werden. Wir sind hier seit langem nicht ohne Sorgen, und wir haben den Eindruck, daß gewisse autoritäre Züge in der Regierungspolitik der letzten Jahre in der kommenden Zeit noch verstärkt werden. Unsere Befürchtungen gründen sich auch auf Erfahrungen im letzten Wahlkampf. In diesem Wahlkampf ist eine Verquickung von Partei- und Staatsapparat und eine einseitige parteipolitische Benutzung öffentlicher Mittel und öffentlicher Einrichtungen zugunsten einer Partei, nämlich der CDU/CSU, erfolgt, die mit den Grundsätzen einer sauberen demokratischen Verwaltung und der notwendigen Trennung von Partei und Staat nicht mehr vereinbar ist.

Wir haben bereits früher bei den Haushaltsberatungen immer wieder die Forderung erhoben, daß die vor allem dem Bundeskanzler zur Verfügung stehenden Geheimfonds einer parlamentarischen Kontrolle unterstellt werden. Wir haben immer wieder dagegen Einspruch erhoben, daß man durch Tarnorganisationen der verschiedensten Art, zum Beispiel durch die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise“, aus öffentlichen Mitteln eine Propaganda fördert, die einseitig einer politischen Partei zugute kommt. Wir sind der Meinung, daß diese Methoden der öffentlichen Meinungsbeeinflussung unerträglich sind; und falls die Regierung sich nicht von sich aus entschließt, den berechtigten Forderungen nach einer Kontrolle dieser Mittel und Tätigkeiten nachzukommen, werden wir bei den kommenden Haushaltsberatungen erneut das Parlament selbst vor die Entscheidung stellen, hier eine Änderung herbeizuführen.

Eine nicht weniger bedrohliche Erscheinung sind jene Ereignisse, die mit Bestechungen von Angestellten und Beamten des Bundes

im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bundesbeschaffungsamtes in Koblenz bekannt geworden sind. Auch die Frage der Verquickung des Mandats eines Abgeordneten mit privaten Geschäftsinteressen gehört in dieses Gebiet. Wir wollen in die schwebenden Verfahren nicht eingreifen, aber wir erwarten, daß die Bundesregierung alles tut, was von ihrer Seite getan werden kann, um die Zusammenhänge ohne Rücksicht auf Personen und Interessen aufzudecken, damit die Verfahren so schnell als möglich zum Abschluß kommen.

Wir haben in der Vergangenheit in anderen Fällen erlebt, daß die Bundesregierung die Durchführung schwebender Gerichtsverfahren behindert hat, zum Beispiel durch die Verweigerung der Aussagegenehmigung, um schwerwiegende Vorwürfe gegen hohe Beamte der Bundesregierung gerichtlich klarstellen zu lassen. Diese Methode ist unverantwortlich, denn sie muß das Vertrauen in die Demokratie schwächen und erschüttern.

Gegner der Demokratie behaupten immer wieder, daß die Korruption zu den ungeschriebenen und stillschweigenden Einrichtungen der Demokratie gehöre. Ohne Unterschied der Partei haben deshalb alle Demokraten ein gemeinsames Interesse daran, solche Angriffe gegen die Demokratie abzuwehren. Es gehört zu den vornehmsten Pflichten einer jeden Bundesregierung und des Bundestages, jeden Ansatz zur Korruption durch rücksichtslose Aufklärung im Keime zu ersticken. Insoweit kann es kein Staatsgeheimnis geben, sondern es muß jeweils für volle Unterrichtung der Öffentlichkeit gesorgt werden. Der Idee der Rechtsstaatlichkeit ist mit einem formalen Legalismus nicht gedient. Die Rechtsstaatlichkeit bewährt sich durch eine politische Gesinnung, für die unbedingte Sauberkeit im Staate ein oberstes Gebot ist.

Wir wissen, daß es sich bei diesen Erscheinungen glücklicherweise um Einzelfälle handelt, und das die große Mehrheit unserer Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst ihre Pflichten in einer sauberen und verantwortungsbewußten Weise mit großer Hingabe erfüllt. Das sei gerade bei dieser Gelegenheit ausdrücklich festgestellt und anerkannt.

Für die zukünftige Entwicklung unseres demokratischen Staatswesens wird es aber auch wichtig sein, daß wir die Rolle der Büro-

kratie im demokratischen Staat völlig klar machen. Auch für die Bürokratie ist in der parlamentarischen Demokratie das Parlament das entscheidende Organ der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung. Wenn wir uns hier im Parlament auseinandersetzen haben mit gewissen autoritären Neigungen und Gewohnheiten des Chefs der Bundesregierung, so hat kein Angehöriger der Bürokratie das Recht es seinem Herrn und Meister gegenüber dem Parlament gleichgültig zu wollen. Angesichts der wachsenden Aufgaben des Staates in der modernen Gesellschaft und der damit verbundenen Ausweitung der Verwaltung sind solche Versuche groß. Aber wenn wir eine Verbürokratisierung der modernen Demokratie verhüten wollen, müssen wir ihnen entgegenwirken.

Förderung von Ländern und Kommunen notwendig

Für die Gestaltung unserer Innenpolitik wird auch in Zukunft das Verhältnis zwischen Bund und Ländern von großer Bedeutung sein. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu dem Grundsatz des Föderalismus, wie er im Grundgesetz niedergelegt worden ist. Die Länder haben ihr Recht auf Eigenleben, und wir haben ihnen in unserem gesamtstaatlichen Leben besondere Aufgaben zugewiesen. Wir wünschen, daß an diesem Grundsatz nicht gerüttelt wird. Diese Feststellung wird vor allem unterstrichen im Hinblick auf die Versuche, nach den Bundestagswahlen die Länderregierungen mit der politischen Konstellation im Bundestag und in der Bundesregierung gleichzuschalten. Ein solcher Versuch steht im strikten Gegensatz zu den föderalistischen Grundideen unseres Grundgesetzes. Die Länder sollen die politische Zusammensetzung ihrer Regierungen nach ihren eigenen Notwendigkeiten und Bedürfnissen bestimmen.

Unsere Aufgabe ist es, den Ländern zu helfen, damit sie die auf sie zukommenden Aufgaben besser als in der Vergangenheit erfüllen können. Es geht nicht an, daß wir auf dem Wege der Bundesgesetzgebung den Ländern neue Aufgaben mit neuen finanziellen Belastungen zuweisen, ohne daß wir uns über die Erfüllung dieser finanziellen Verpflichtungen Gedanken machen. Es muß ein Weg gefunden werden, der es den Ländern auch finanziell ermöglicht,

neue Aufgaben im Interesse des Ganzen, zu erfüllen. Eine Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zugunsten der Länder ist unerlässlich.

Es geht hier nicht um die Konservierung alter föderalistischer Vorstellungen, sondern es gilt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Länder eine aktive Rolle spielen können beim Aufbau einer lebendigen Demokratie.

Die Sozialdemokratische Fraktion erwartet im übrigen, daß die Bundesregierung ihren Verpflichtungen nach dem Grundgesetz, für die Neugliederung der Länder innerhalb der gesetzten Fristen nachkommt.

Ebenso wie die Länder bedürfen die Kommunen der stärkeren Förderung durch den Bund. Der zweite Bundestag hat in der Anerkennung des Anspruchs der Kommunen, neben Bund und Ländern als dritter Faktor bei der Verteilung der Steuereinnahmen berücksichtigt zu werden, einen Schritt vorwärts getan. Der Bundeskanzler hat die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung zugesagt. Es darf aber nicht bei Worten bleiben. Abgesehen von den besonderen Lasten, die den Kommunen aus den Kriegsfolgen erwachsen sind, haben sie neue große soziale und kulturelle Aufgaben übernehmen müssen. In vielen Fällen fehlt bis heute der finanzielle Ausgleich für diese Mehrbelastungen. Die Kommunen sind heute mehr denn je im besten Sinne des Wortes Keimzellen der Demokratie. Wir müssen ihnen helfen, daß sie auch finanziell dieser für das Ganze lebenswichtigen Aufgabe gerecht werden können.

Wissenschaft und Forschung brauchen Hilfe des Bundes

Ein besonderes Wort verdient die Förderung von Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik. Es geht hier nicht um eine Fachangelegenheit, es ist auch nicht die Frage der Förderung der Kulturarbeit, einschließlich der Erziehung, im allgemeinen. Es geht um eine der entscheidenden politischen Fragen der Gegenwart. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in seiner Regierungserklärung davon gesprochen, daß heute das Tempo der technischen Entwicklung die

Handlungen und Entscheidungen der Politiker bestimmt. Er hat diese richtige Bemerkung leider nur im Zusammenhang mit der Wehr- und Rüstungspolitik gemacht.

In Wirklichkeit bereitet die moderne Entwicklung in Wissenschaft und Technik eine tiefgreifende Veränderung unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens vor. Es ist die Aufgabe der heutigen Generation, die kommende Generation auf die Welt vorzubereiten. In der sie morgen zu leben und zu wirken hat. Es gilt, Wissenschaft und Technik so zu fördern, daß unsere Wissenschaftler und Techniker in die Lage versetzt werden, ihre Forschungen und ihre technischen Leistungen so zu entwickeln, daß sie dem Wohl der Menschen und nicht ihrer Versklavung oder gar ihrer Vernichtung dienen. Wir müssen unserem studentischen Nachwuchs eine ausreichende finanzielle Grundlage geben. Wir müssen auch das allgemeine Schulwesen so ausbauen, daß wir allen unseren Kindern das Beste an Wissen und Erkenntnissen, an charakterlicher und staatsbürgerlicher Erziehung bieten, was wir zu bieten vermögen. Die Bundesrepublik zählt in dieser Beziehung weitgehend zu den unterentwickelten Ländern. Der krasse Unterschied zwischen dem viel gepriesenen materiellen Wohlstand des Wirtschaftswunders und des Notstandes des Geistes und der Wissenschaften ist eine der schwersten Anklagen gegen die bisherige Politik der Bundesregierung und ihrer Koalition.

In der Auseinandersetzung mit dem Osten wird immer wieder auf die angeblich so bedrohliche Entwicklung von Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion und in anderen kommunistisch beherrschten Ländern hingewiesen. Man spricht von den Gefahren, die sich aus dieser Überlegenheit für den freien Westen entwickeln könnten. Wenn es nicht zu einer Katastrophe kommt, dann wird tatsächlich die Auseinandersetzung zwischen den beiden entscheidenden Vorstellungen über die Ordnung der Gesellschaft, in der Zukunft auf dieser Ebene in den Fabriken und Hörsälen ausgetragen werden. Will die freie Welt sich behaupten und will sie andere Völker und Menschen für ihre Vorstellungen gewinnen, dann kommt es nicht auf den Atomsaldaten, sondern auf den Wissenschaftler, den Techniker und den Erzieher an. Das alles kostet Geld, aber diese Aufwendungen sind nicht verlorene Milliarden,

wie die Ausgaben für Rüstungszwecke, es sind Investitionen, die dauernden Gewinn bringen werden.

Die Bemühungen auf diesem Gebiet haben bis jetzt nur dürftige Resultate erzielt. Wir verlangen, daß die Bundesregierung hier schneller und großzügiger vorangeht. Die Bildung des Wissenschaftsrates ist ein Schritt in der richtigen Richtung. Notwendig ist, daß er die genügende Autorität und die ausreichenden Mittel erhält, um wirksam handeln zu können.

Die Förderung des wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Nachwuchses ist sehr viel großzügiger als bisher zu gestalten. Den Ländern muß beim Ausbau der Schulen finanziell ausreichend geholfen werden. Die Länder haben hier angesichts der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern eine besondere Verantwortung. Sie können die Aufgaben nicht allein lösen, sie brauchen die finanzielle Hilfe des Bundes. Ihre besondere Verpflichtung ist es, untereinander eine Form der Zusammenarbeit zu finden, die der Bedeutung dieser Aufgabe für das ganze Volk gerecht wird.

Unterstützung Berlins als künftige Hauptstadt Deutschlands

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat erklärt, daß Berlin sich auf die Bundesrepublik auch in Zukunft verlassen könne. Wir hoffen, daß dieses Versprechen vor allem dann gehalten wird, wenn es um die Lösung der finanziellen Probleme der Stadt Berlin geht.

Nach unserer Auffassung gehören die Aufgaben, die im Zusammenhang mit Berlin gelöst werden müssen, ebenso zu den innenpolitischen Aufgaben wie die Ordnung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung in der Zone und in der Bundesrepublik. Das Ziel muß sein, Berlin — trotz der außergewöhnlichen Umstände — wirtschaftlich auf den gleichen Stand wie das übrige Bundesgebiet zu bringen und ihr gleichzeitig zu ermöglichen, sich auf die Aufgaben als Hauptstadt vorzubereiten. Die zur Erreichung dieser Ziele erforderliche finanzielle Hilfe durch den Bund muß gegeben werden. Die Bundesregierung darf sich nicht darauf beschränken, Berlin auf den Anleihemarkt zu verweisen.

Darüber hinaus ist es notwendig, in stärkerem Maße als bisher den Charakter Berlins als Hauptstadt zu unterstreichen. Wir hoffen, daß der dritte Deutsche Bundestag sich nicht darauf beschränkt, repräsentative Sitzungen in Berlin abzuhalten, sondern daß er auch in regelmäßigem Turnus Arbeitssitzungen in Berlin durchführen wird. Eine solche Regelung könnte vielleicht auch das Bundeskabinett veranlassen, endlich einmal in Berlin zusammenzutreten.

Wir halten an unserer bereits früher erhobenen Forderung fest, daß keine neuen Verwaltungsbauten des Bundes in Bonn oder in anderen Orten der Bundesrepublik errichtet werden. Soweit als möglich sollen weitere Dienststellen des Bundes nach Berlin verlegt werden. So fordern wir, daß der neue Wissenschaftsrat seinen Sitz in Berlin erhält.

Der dritte Deutsche Bundestag würde seiner Arbeit für Berlin einen guten Start geben, wenn er endlich der unhaltbaren Stellung unserer Berliner Kollegen in diesem Hause ein Ende machen und das volle Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Bundestag beschließen würde. Die Berliner Bevölkerung muß sehen, daß wir es ernst meinen mit unserem Bekenntnis zur Einheit von Berlin und Bundesrepublik.

Abbau der Schranken an der Zonengrenze

Die Sozialdemokratische Partei hält es für eine dringende Aufgabe der Bundesregierung, von der Bundesrepublik aus alles zu tun, was geeignet ist, die trennende Wirkung der Zonengrenze auf das Zusammenleben der Deutschen zu mildern. Die Sozialdemokratie hat dazu wiederholt konkrete Vorschläge im Zusammenhang mit den Außenministerkonferenzen 1954 und 1955 und hier im Bundestag, zuletzt in der Debatte vom 30. Mai 1956, gemacht. Die Bundesregierung muß immer wieder von sich aus dazu beitragen, daß durch gesetzgeberische und Verwaltungsmaßnahmen auf beiden Seiten der Zonengrenze die Schranken vermindert und abgebaut werden, durch die die menschlichen Beziehungen zwischen den Deutschen behindert werden.

So weit die Zuständigkeiten der Bundesregierung reichen, darf sie nichts unterlassen, was geeignet sein könnte, jungen Mitbürgern aus der sowjetisch besetzten Zone ungehindert die Fortsetzung ihrer Ausbildung oder ihrer Studien in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Hierbei ist besonders wichtig die Zusammenarbeit mit dem Lande Berlin und eine tatkräftige Unterstützung der Bemühungen Berlins, dieser Aufgabe gerecht zu werden, die dort besonders stark in Erscheinung tritt. Es ist dabei keineswegs lediglich an jugendliche Flüchtlinge gedacht, sondern an alle jungen Deutschen, also auch an solche, die nur vorübergehend in der Bundesrepublik ihre Ausbildung oder ihre Studien weiterführen möchten.

Die Bundesregierung darf sich durch die immerwährenden Behinderungen des Verkehrs und des Austausch über die Zonengrenze seitens der Regierung in der sowjetisch besetzten Zone nicht dazu verleiten lassen, ihrerseits mit entsprechenden Maßnahmen zu antworten, weil diese nicht die Regierenden, sondern die Menschen auf der anderen Seite der Zonengrenze treffen und bedrücken. Die Sozialdemokratische Partei bedauert es, daß der Bundesminister des Innern wiederholt seine Neigung zu solchen Gegenschikanen zum Ausdruck gebracht hat. Alles, was das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Deutschen über die Zonengrenze hinweg fördert, dient auch den Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit.

Wir unterstützen ausdrücklich den Appell von Bundeskanzler Dr. Adenauer, endlich die noch in Haft befindlichen politischen Gefangenen freizulassen. Die von den Berliner Sozialdemokraten seit Monaten veröffentlichten Namenslisten politischer Gefangener zeigen die erschreckende Größe dieses Problems, das soviel Unrecht und soviel menschliches Leid umschließt. Wir möchten dabei der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Bundesregierung in Zukunft im Sinne dieses Appelles handelt und nichts unversucht läßt, um die Freilassung dieser unglücklichen Opfer der Diktatur zu erreichen. Das Verhalten der Bundesregierung in der Vergangenheit, vor allem auch in der Frage der Amnestie veranlaßt uns zu diesem dringenden Appell.

Sicherheit und Landesverteidigung

Zu den dringenden Problemen der Innenpolitik gehören auch die Fragen, die sich aus der *Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO* und aus der Existenz der Bundeswehr ergeben.

Die Entwicklung der Fernlenk Waffen und ihrer nuklearen Sprengköpfe, mit der Reichweite über Kontinente hinweg, hat die Weltmächte zu einer Überprüfung ihrer eigenen Sicherheitsvorstellungen und ihrer Rolle in den bestehenden Bündnis systemen gezwungen. Nur in sorgfältiger Beobachtung der Entwicklung bei den Weltmächten können die europäischen Staaten ihre eigenen Sicherheitsvorkehrungen der neuen Lage anpassen.

Eine realistische Beurteilung der sich abzeichnenden Entwicklung führt dazu, auch die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen in der Bundesrepublik neu zu durchdenken. In dieser Lage ist die Bundesregierung unserer Bevölkerung Auskunft darüber schuldig, wie sie sich für den Fall eines Konfliktes den Schutz von Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung denkt. Es ist bitter zu beklagen, daß dieselbe Regierung, die gestattet, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik Atommunition gelagert wird, bisher keinerlei Auskunft darüber gegeben hat, welche Konsequenzen ein Einsatz von Atomwaffen auf die Bevölkerung hätte, und was unter diesen Umständen für die Bevölkerung getan werden kann und muß. Die modernen Waffen erzwingen zur Vorbereitung eines jeden ernsthaften Programms für den Schutz der Bevölkerung eine sorgfältige Untersuchung ihrer möglichen Wirkungen, sowie Prüfung und Entwicklung zweckmäßiger Schutzmaßnahmen. Nur eine von den politischen und finanziellen Wünschen der Regierung unabhängige Sachverständigenkommission wäre imstande, die erforderlichen Untersuchungen anzustellen. Sie sollte unverzüglich berufen werden, damit Parlament und Regierung aus ihrer Arbeit die erforderlichen Schlüsse ziehen können.

Die Bundesregierung kann ihre Verpflichtungen nach den geltenden Verträgen durch Freiwilligen-Streitkräfte — also ohne die allgemeine Wehrpflicht — erfüllen. Nach wie vor steht die Sozialdemokratie zu dem Grundsatz, daß die *allgemeine Wehrpflicht* die Spaltung unseres Landes vertieft, politisch schädlich und militärisch

überholt ist. Eine Reihe von Aufgaben der Landesverteidigung gehört jedoch nicht zum Auftrag der einem verbündeten Kommando unterstehenden Streitkräfte aus Freiwilligen. Wir fragen die Bundesregierung, wie sie sich die Erfüllung dieser anderen Aufgaben denkt, die in den Verträgen ausdrücklich als Aufgaben der Territorial-Verteidigung in nationale Zuständigkeit gegeben sind.

Eine zweckmäßige Organisation der Landesverteidigung ist nur möglich, wenn die Gesamtplanung an einer Stelle erfolgt. Wir sind nicht der Ansicht, daß etwa eine Art Nebengeneralstab im Hinterhaus des Bundeskanzleramtes der richtige Ort hierfür ist, sondern meinen, daß die Vorbereitung und Planung der Verteidigung im umfassenden Sinne beim Verteidigungsministerium stattfinden muß, das wir unter sorgfältiger parlamentarischer Kontrolle halten können. Wir werden diesen Standpunkt bei den weiteren, leider allzu lange herausgezögerten Beratungen über das Organisationsgesetz zur Sprache bringen. Wir erwarten hierzu die baldige Einbringung einer Regierungsvorlage.

Auch aus anderen Gründen halten wir die Verabschiedung dieses Gesetzes für dringend geboten. Trotz aller unserer Mahnungen ist bis zum heutigen Tag eine für den gesamten technischen Bereich verantwortliche Persönlichkeit noch nicht ernannt. Weil das so ist, sind bei der Beschaffung von Waffen und Gerät schon bisher militärische und finanzielle Fehler gemacht worden, die nicht wieder gutzumachen sind. Wir fürchten, daß der Weg, den das Verteidigungsministerium jetzt in den technischen Fragen beschreitet und der zur Schaffung eines Zentralamtes für Wehrtechnik und Bewaffnung führen soll, nicht richtig ist. Das Beschaffungswesen muß organisatorisch eindeutig von Entwicklung und Abnahme getrennt werden. Die zahlreichen Korruptionfälle im Bereich des Verteidigungsministeriums und die trotz einiger Sicherheitsmaßnahmen jederzeit mögliche Wiederholung derartiger Erscheinungen machen dies unbedingt erforderlich.

Aufgabe des Ministers ist es, die Bundeswehr aus parteipolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Wir bedauern, daß Organisationen wie die sogenannte Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise und einige vom Bundespresse- und Informationsamt subventionierte militärpolitische Zeitschriften statt dem inneren Frieden zu

dienen, die Angehörigen der Bundeswehr gegeneinander aufhetzen und versuchen, sie als Ganzes in Gegensatz zu den großen Kräften der demokratischen Opposition zu bringen. Die Bundeswehr dient als Einrichtung des gemeinsamen Staates dem ganzen Volk und nicht einer Partei. Sie kann ihre Funktion nur wahrnehmen, wenn sie vom ganzen Volke getragen wird.

Der Verteidigungsaufwand von bisher schon neun Milliarden DM im Jahr wird nach den vorliegenden Anforderungen des Verteidigungsministeriums erheblich wachsen. Damit ist heute schon klar, daß die im Bundestag immer wieder vom Finanzminister abgegebene Erklärung, der Verteidigungsaufwand würde neun Milliarden DM nicht übersteigen, der Wahrheit nicht entspricht. Ebenso ist schon heute deutlich, daß das Ausmaß der bisher eingegangenen Rüstungslieferungsverträge, zuzüglich der neuen militärischen Haushaltsansätze, im nächsten Jahre die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik überfordern wird. Dadurch wird die Preis-Lohn-Schraube erneut Antrieb erhalten. Der Stand der sozialen Leistungen wird gefährdet, es drohen sogar neue Steuerlasten, und die Kaufkraft unseres Geldes wird weiter sinken. Mit einem Wort: Das Ausmaß der militärischen Ausgaben gefährdet die Stabilität der Währung.

Wenn man den erforderlichen zivilen und militärischen Schutz der westdeutschen Bevölkerung organisieren will, ohne die finanzielle Leistungskraft zu überfordern, so wird es nötig sein, eine genaue Rangordnung festzulegen. Die Bundesregierung sollte im Atlantikrat aussprechen, daß wir, die wir unmittelbar an der Grenze zum sowjetischen Machtbereich liegen, von der Verteidigungsorganisation erwarten, daß sie dem Schutz der Zivilbevölkerung in diesem besonders gefährdeten Gebiet erhöhte Aufmerksamkeit widmet. Die Regierung muß sich daher denjenigen ausländischen Forderungen widersetzen, welche die forcierte Aufstellung der Bundeswehr fordern, offenbar — wie es leider scheint — weniger als zusätzlichen Beitrag zur Verteidigung des Westens, sondern vielmehr als Ersatz für die Ablösung der eigenen Streitkräfte.

Die militärischen Maßnahmen dürfen unser soziales Fundament nicht erschüttern und damit zugleich unsere noch so wenig gefestigte Demokratie gefährden. Dies wird nur möglich sein, wenn

Bevölkerungsschutz und Heimatverteidigung zweckmäßig organisiert werden, und der militärische Beitrag für die der NATO unterstellten operativen Verbände auf das Maß des unbedingt Erforderlichen begrenzt wird.

Die Forderung nach einer sozialen Preispolitik

Der Bundeskanzler hat sich in seiner Regierungserklärung ausführlich mit Fragen der Wirtschaftspolitik befaßt. Dem entscheidenden Problem der Wirtschaftspolitik, der Stabilisierung des Preisniveaus, hat er aber nur vier ganze Sätze gewidmet. Der Bundeskanzler hat zunächst die Feststellung getroffen, daß das Preisniveau für die Stabilität der Währung, für den Export und für die Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsstandes von entscheidender Bedeutung sei. Diese Feststellung ist nicht neu. Er hat dann eine falsche Behauptung aufgestellt, nämlich: Wettbewerb und freie Preisbildung hätten sich bisher stets als bester Schutz für den Verbraucher erwiesen. Tatsache ist, daß der unkontrollierte Wettbewerb und der Mißbrauch der Preisfreiheit laufend zu Preissteigerungen und damit zur Schädigung der Verbraucher geführt haben und noch führen.

Wir halten das Preisproblem für das entscheidende wirtschaftspolitische Problem. Eine gesunde wirtschaftliche Weiterentwicklung und ein gesundes soziales Klima sind davon abhängig, daß es gelingt, das Preisniveau stabil zu halten. Die ständigen Preiserhöhungen, die wir seit einigen Jahren erleben, führen dazu, daß die Lohnkämpfe nicht nur um einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt, sondern darüber hinaus um einen zusätzlichen Ausgleich für den Kaufkraftschwund des Geldes geführt werden müssen. Etwa ein Drittel der Lohnerhöhungen der Vergangenheit dienen allein dem Ausgleich dieser Kaufkraftminderung. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß der Sparwille des deutschen Volkes erschüttert und damit der von der Bundesregierung so laut verkündete Eigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten die Grundlage entzogen wird.

Das Versagen der Bundesregierung auf dem Gebiete der Preisstabilisierung wiegt umso schwerer, als von der Seite der Güter-

erzeugung wie auch der Güternachfrage keine ernsthaften Gründe für eine Steigerung des Preisniveaus gegeben sind.

Wenn dennoch das Preisniveau ständig steigt und ein Ende dieser Entwicklung nicht abzusehen ist, so liegt das allein daran, daß die Bundesregierung sich auf den entscheidenden Gebieten der Wirtschaftspolitik nicht zum Handeln auftrafen konnte. Hier handelt es sich insbesondere um drei Aufgaben:

1. In Zeiten hoher Beschäftigung und damit hoher Masseneinkommen ist die Neigung der Unternehmungen, die Marktsituation auszunutzen, besonders stark. Gerade in den letzten Monaten haben die Markenartikelhersteller und der Kohlenbergbau hierfür schlagende Beweise geliefert. Eine Politik, die sich eine stetige hohe Beschäftigung und zugleich die Erhaltung eines stabilen Preisniveaus zur Aufgabe stellt, kann daher auf eine aktive und wirksame Kartellpolitik nicht verzichten. Nachdem die Bundesregierung bisher auf diesem Gebiet völlig versagt hat, stehen wir ihrer zukünftigen Kartellpolitik mit größter Skepsis gegenüber. Ohne aktive Kartellpolitik ist eine Stabilisierung des Preisniveaus nicht möglich.
2. Die entscheidende Ursache für die stetige Steigerung des Preisniveaus ist der chronische Außenhandelsüberschuß, oder besser gesagt, das chronische Einfuhrdefizit im deutschen Außenhandel. Ich möchte hier keine Mißverständnisse aufkommen lassen. Die große Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der übrigen Welt, insbesondere die hohe Ausfuhr von Qualitätserzeugnissen, ist ein strukturbestimmendes Element der deutschen Wirtschaft. Auf ihr beruhen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und der Lebensstandard des deutschen Volkes. Niemand sollte daher auch nur mit dem Gedanken spielen, die Lösung in einer Drosselung des Exportes zu sehen. Es kommt entscheidend darauf an, eine Angleichung der Einfuhren an die Ausfuhren herbeizuführen. Ausfuhren ohne entsprechende Einfuhren sind güterwirtschaftliche Verluste. Die von der Bundesregierung akzeptierten Maßnahmen zur Zollsenkung und Einfuhrliberalisierung haben sich, wie von uns stets vorausgesagt, als völlig ungenügend erwiesen. Der Devisenturm, der sich auf diese Weise bei der Bundesnotenbank angesammelt hat, ist ein

äußeres Zeichen dafür, in welchem Umfange der deutschen Wirtschaft große Teile des erarbeiteten Sozialproduktes im Werte von vielen Milliarden güterwirtschaftlich verloren gehen. Zum anderen führt der Devisenzufluß zu einer ständigen Verflüssigung des Geld- und Kreditmarktes, die die Stabilität der deutschen Wirtschaft gefährdet. So lange die Bundesregierung nicht wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Einfuhren ergreift, fehlt eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung des Preisniveaus.

3. Die dritte Ursache für Preissteigerungen ist die inflatorische Finanzpolitik der Bundesregierung, die darin besteht, in Zeiten hoher Konjunktur laufende Ausgaben aus dem Juliusturm zu decken. Die Deutsche Bundesbank hat erst wieder in ihrem September-Bericht auf die währungspolitischen Gefahren eines Rückgriffes auf die Kassenmittel des Bundes hingewiesen. Wer Preisstabilität will, muß diese inflatorische Finanzpolitik beenden.

Zu keinem dieser drei Gebiete enthält die Regierungserklärung irgendwelche konkreten Stellungnahmen. Nicht einmal über die Kohlepreiserhöhung, zu der die Bundesregierung in den letzten Wochen so kräftige Worte gefunden hat, wird ein einziges Wort verloren. Wir haben zu diesem Fragenkreis eine Große Anfrage eingereicht, die dem Hohen Hause Gelegenheit zu einer ausführlichen Erörterung geben wird. Heute möchte ich mich auf folgende Feststellungen beschränken:

1. Wir stimmen der Auffassung des Bundesarbeitsministers und des Bundeswirtschaftsministers zu, daß die von der Ruhrkohle zum 1. Oktober 1957 vorgenommene Preiserhöhung durch die Kosten- und Ertragsentwicklung nicht gerechtfertigt ist.
2. Wir unterstreichen die Feststellung des Bundeswirtschaftsministers, daß es sich hier um ein Preisdiktat des Ruhrkartells handelt. Leider muß festgestellt werden, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen über die Errichtung der Kartellorganisation an der Ruhr nichts unternommen hat, um Elemente öffentlicher Kontrolle in die neue Organisation einzubauen. Sie trägt die volle Verantwortung dafür, daß hier zum ersten Mal

seit vierzig Jahren einem privaten Kartell die alleinige Bestimmung über die Kohlepreise ausgeliefert wurde.

Da die Regierungserklärung zu allen diesen Fragen schweigt, müssen wir dies als Bestätigung dafür werten, daß die Bundesregierung sich inzwischen mit dem Preisdiktat des Kohlebergbaues abgefunden hat. Alle Ankündigungen, nunmehr massive Gegenmaßnahmen zu treffen und die Kohle unter Wettbewerbsdruck zu stellen, waren leere Worte. Was uns hier als Preispolitik vorgeführt wurde, war ein Gaukelspiel, das mit optischen und propagandistischen Effekten darüber hinwegtäuschen sollte, daß diese Bundesregierung zu einer wirksamen Preispolitik nicht in der Lage ist.

Diffamierung der Arbeitnehmer

Es kennzeichnet den politischen Kurs des Bundeskanzlers und seiner Regierung, wenn die Regierungserklärung — nachdem sie geflissentlich über den Mißbrauch der Preisfreiheit durch die Unternehmerschaft hinweggesehen hat — eine scharfe und eindeutige Frontstellung gegenüber der Arbeitnehmerschaft bezieht. Wie immer, wenn der Bundeskanzler sachlich nicht begründete Alternativen herausstellen will, beginnt er auch hier mit einer düsteren Hintergrundmalerei. Er spricht von den Warnzeichen, die sich in unserer Wirtschaft hier und da zeigen und von Zusammenbrüchen, unter denen alle, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, leiden müßten. Und dann folgen Sätze, die in der Sache als eine einseitige gewollte Diffamierung der Arbeitnehmerschaft wirken müssen.

In diesem Zusammenhang müssen seine Ausführungen gesehen werden, daß die Sozialpartner sich nicht bedenkenlos auf Kosten der Konsumenten verständigen dürften. Ich frage: Wer hat in der Vergangenheit bedenkenlos gehandelt, die Sozialpartner in ihren Tarifaussinandersetzungen oder jene Unternehmer, die ihre Machtstellung am Markt zu einseitigen Preisdiktaten ausnutzten? An anderer Stelle spricht der Kanzler davon, Arbeitszeitverkürzung und gleichzeitige Lohnerhöhung können eine untragbare Verminderung des Sozialproduktes bedeuten. Auch hier handelt es sich um den Versuch, die Arbeitnehmer in den Augen der Öffentlichkeit zu dis-

kreditieren. Bis heute jedenfalls haben sich Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung in einem durchaus tragbaren Ausmaß gehalten.

Aber, wenn der Bundeskanzler schon davon spricht, daß in einem gut gehenden Wirtschaftsstaat keine Tarifvereinbarungen getroffen werden dürfen, die schwächeren Bereichen Schwierigkeiten bringen, so ist doch die Frage berechtigt: Müssen eigentlich die Unterschiede in der Ertragslage der Unternehmungen so groß sein, wie das in Deutschland der Fall ist? Sind die hohen Gewinne nicht vielfach das Ergebnis der Preispolitik von Unternehmungen, die ihre Machtstellung im Markt zur Erzielung unangemessen hoher Preise ausnutzen? Hier muß der Grundsatz gelten, daß höhere Produktivität nicht zu höheren Preisen führen darf, sondern allen Verbrauchern durch Preissenkungen zugute kommen muß. So lange die Bundesregierung auf eine solche Preispolitik verzichtet, kann sie sich nicht wundern, wenn die Arbeitnehmer solche überhöhten Gewinne nicht einseitig den Unternehmern überlassen wollen, sondern einen angemessenen Anteil durch Lohnerhöhungen beanspruchen. *Gesunde Preispolitik ist die Voraussetzung für eine gesunde Lohnpolitik!*

Wir warnen jedenfalls davor, die deutschen Arbeitnehmer, die sich mit rund sieben Millionen Menschen zur deutschen Gewerkschaftsbewegung bekennen, in dieser Weise zu diffamieren mit dem einzigen Ziele, über die Unfähigkeit der Bundesregierung zur Sicherung eines stabilen Preisniveaus hinwegzutäuschen.

Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Bundesregierung die Preisentwicklung mit Sorge betrachtet. Die massive Kohlepreiserhöhung — die nun unbestreitbar nicht auf vorangegangene Lohnerhöhungen zurückzuführen ist — muß zwangsläufig zumindest in den kohleintensiven Industrien zu Preissteigerungen führen, die heute nur aus optischen Gründen auf Wunsch der Regierung verjagt werden. Es ist ein gefährliches Unterfangen, den schwarzen Peter für die Folgen der eigenen Wirtschaftspolitik jenen zuzuschreiben, die nur von ihrem verfassungsmäßig gewährleisteten Recht Gebrauch machen, um einen angemessenen Anteil an den materiellen und geistigen Gütern des Lebens zu kämpfen.

Diese Methode der Bundesregierung, die bereits den ganzen Wahlkampf gekennzeichnet hat, führt dazu, daß willkürlich soziale

Gräben aufgerissen werden. Wir wissen, daß das die Methode aller konservativen und sozial rückständigen Regierungen ist. Auch in Großbritannien erleben wir heute, daß sich unter einer konservativen Regierung die sozialen Fronten immer mehr versteifen und die sozialen Auseinandersetzungen immer härtere Formen annehmen. Regierungen, die in dieser Weise Wind säen, müssen damit rechnen, daß sie eines Tages Sturm ernten.

Zonenrandgebiete noch immer Sorgenkind

Die dürftigen Bemerkungen der Regierungserklärung zur Lage in den Zonenrandgebieten lieferten erneut den traurigen Beweis, daß die Bundesregierung einfach nicht in der Lage ist, ernste wirtschaftliche Probleme wirklich zu lösen. Die Gebiete am Eisernen Vorhang sind Fenster nach dem Osten. Hier lag und liegt für alle, die sich nicht einfach mit der Teilung Deutschlands abfinden wollen, auch heute noch eine wichtige politische Aufgabe. Immer noch besteht vom Westen zum Osten ein ungesundes Gefälle im Arbeitseinkommen, in der Lebenshaltung und im Beschäftigungsgrad. Immer noch sind viele Arbeitnehmer berufs fremd beschäftigt, so daß nach wie vor Fachkräfte nach dem Westen der Bundesrepublik abwandern. Der Bundesregierung ist es leider nicht gelungen, die vom Bundestag beschlossenen Maßnahmen für die Zonenrandgebiete systematisch und planmäßig im Interesse einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete zusammenzufassen. Wir bedauern das um so mehr, als wir nicht mehr die Hoffnung haben, daß sich die Bundesregierung hier zu einer wirklich konstruktiven Politik aufraffen wird.

Zur Eingliederung des Saarlandes

Zu den wirtschaftlichen Problemen des Saarlandes hat der Bundeskanzler nicht ein einziges Wort gefunden. Fast ein Drittel der Übergangszeit bis zur wirtschaftlichen Eingliederung in die Bundesrepublik ist bereits verstrichen. Inzwischen hat die Frankenauberwertung die Saarbevölkerung ebenso wie die Grenzgänger schwer getroffen. Die Sozialdemokratie hat deshalb eine Verkürzung der

Übergangszeit verlangt. Mitglieder der Bundesregierung haben sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Aber nichts Entscheidendes ist bis heute geschehen, um

den Erzeugnissen der Saarindustrie Eingang auf dem Markt der übrigen Bundesrepublik zu schaffen und

die Saarindustrie durch Modernisierung zu befähigen, dem starken Wettbewerbsdruck im Bundesgebiet standzuhalten und ihren Rückstand in der Ausrüstung nachzuholen.

Wir müssen nunmehr kategorisch verlangen, daß die Bundesregierung unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen trifft, damit eine schnelle und reibungslose wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes erfolgen kann.

Voraussetzungen für Eigentumsbildung

Ein besonderes Kapitel hat der Bundeskanzler der Schaffung von Kapital, der Streuung des Besitzes und der Förderung der Spartätigkeit gewidmet. Die Sozialdemokratie hat bereits in ihrem Dortmundener Aktionsprogramm im Jahre 1952 ausdrücklich eine aktive Eigentums politik zugunsten der wirtschaftlich Unselbständigen gefordert, das heißt, sie befürwortet und wünscht auch die Bildung von Eigentum in der Hand der Arbeitnehmer.

Wenn es keine Meinungsverschiedenheit darüber gibt, daß Anhänger einer freien Wirtschaftsordnung jedes Zwangssparen ebenso wie Einschränkungen der Freiheit der Arbeitnehmer in der Wahl des Arbeitsplatzes und in der Verfügung über ihr Einkommen ablehnen müssen, dann ist es erste Aufgabe des Staates, durch eine Steuerpolitik zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, durch eine Preispolitik mit dem Ziele von Preissenkungen und durch Förderung einer Politik angemessener Lohn- und Gehaltserhöhungen, in breitesten Schichten der Bevölkerung die Möglichkeit zum Sparen in größerem Umfang zu schaffen.

Mit der Volksaktie wird nur eine neue Sparform geschaffen; sie ist kein Mittel zusätzlicher Kapitalbildung. Wir Sozialdemokraten sind keine Gegner neuer Sparformen, das haben wir durch unsere Mitarbeit am Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften bewiesen. Wir

stehen auch der Förderung der Volksaktie positiv gegenüber. Wir haben registriert, daß der Bundeskanzler dabei auch an die Schaffung von Volksaktien bei Privatunternehmungen denkt; wir sind begierig, darüber konkretere Angaben zu erhalten. Den Mißbrauch der Volksaktie als Mittel zum Ausverkauf des Bundesvermögens lehnen wir allerdings mit aller Entschiedenheit ab.

Förderung der Mittelschichten weiterhin ungenügend

Der Bundeskanzler hat ebenso wie in seinen früheren Regierungserklärungen warme Worte für die Schichten der Bevölkerung gefunden, die — wie er sich ausdrückte — der Mittelklasse angehören. Lassen Sie mich dazu feststellen:

Wir alle wissen, daß die Selbständigen des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und der freien Berufe ein wichtiger Bestandteil einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind. Ihre Förderung ist seit langem ein entscheidender Bestandteil der sozialdemokratischen Politik. Die Sozialdemokratie hatte bisher keine Möglichkeit, ihr Programm zu verwirklichen.

Die heutigen Regierungsparteien dagegen befinden sich seit acht Jahren im Besitz der politischen Macht. Sie hatten die Pflicht, ihre Versprechungen in Taten umzusetzen. Sie sind daher verantwortlich für alle Versäumnisse der Vergangenheit. Und sie bestand praktisch nur aus Versäumnissen.

Nach diesen Erfahrungen ist es eine Zumutung, die Mittelschichten wiederum mit einigen zu nichts verpflichtenden Redewendungen abzusparsen. Eine Regierungserklärung sollte zumindest zu folgenden konkreten Fragen Stellung nehmen:

1. In Handwerk, Handel und Gewerbe vollziehen sich strukturelle Veränderungen von einer Tragweite, deren Bewältigung die Kraft der betroffenen Betriebe und Unternehmen überschreitet. Wann wird die Bundesregierung endlich ein großes, unabhängiges und leistungsfähiges Institut schaffen, das nicht nur der wissenschaftlichen Erforschung dieser Veränderungen, sondern in erster Linie der Entwicklung praktischer Verfahren und Einrichtungen dient?

2. Den mittleren und kleineren Unternehmen fehlt es an langfristigen Investitionskapital zu erträglichen Zinssätzen. Was denkt die Bundesregierung zu tun, um dieser Kapitalnot wirklich zu begegnen?
3. Wann endlich wird die Bundesregierung den dringend notwendigen Umbau der Umsatzsteuer in die Wege leiten, um die unerträgliche Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen zu beseitigen?
4. Wann will die Bundesregierung schließlich die von den Selbständigen geforderte Altersversicherung verwirklichen?

Auf alle diese Fragen erteilt die Erklärung der Bundesregierung keine Antwort.

Gegen Zusammenballung wirtschaftlicher Macht

Im Zusammenhang mit dem Problem der Mittelschichten hat der Bundeskanzler von der Gefahr gesprochen, daß bei immer größerer Konzentration der Wirtschaft das Volk nur noch aus einer kleinen Schicht von Herrschern über die Wirtschaft und einer großen Masse von Abhängigen besteht. Ist dem Herrn Bundeskanzler nicht aufgefallen, daß bereits heute große marktbeherrschende Unternehmen und Unternehmensvereinigungen durch Willkür und Mißbrauch ihrer Freiheit eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Versorgung der Verbraucher mit preiswerten Gütern des allgemeinen Lebensbedarfs, gefährden?

Der Bundeskanzler wird sich nicht der Illusion hingeben, daß er diese Großunternehmen ohne Gefahr für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beseitigen kann. Dann aber gibt es nur eine Konsequenz: Wo eine gesunde Ordnung durch derartige Großunternehmen gefährdet ist, müssen sie öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Aber in der Erklärung des Bundeskanzlers findet sich kein einziges Wortchen über die hier so notwendige Kartellkontrolle. Auch nach unserer Auffassung soll der Staat so wenig wie möglich in die Wirtschaft eingreifen. Aber als Schützer der schwachen Mitglieder der Gesellschaft hat er die Verpflichtung, alles, oder auch alles zu tun, was notwendig ist, um eine freie Ent-

wicklung und eine gesunde Sozialordnung für alle zu sichern. Darum hat meine Fraktion jede Bestrebung auf Schaffung eines wirksamen Kartellgesetzes unterstützt. Darum hat sie sich mit Entschiedenheit gegen die Aushöhlung des ursprünglichen Gesetzentwurfes gewehrt, die die CDU schließlich mit ihrer Mehrheit im letzten Bundestag durchgesetzt hat. Heute müssen wir mit Sorge feststellen, daß die Bundesregierung bisher offenbar unter dem Druck der Interessengruppen keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen hat, damit am 1. Januar ein wirklich leistungsfähiges und von den Interessenten völlig unabhängiges Kartellamt seine Arbeit aufnehmen kann.

Unter diesen Umständen haben alle Anhänger einer freien Wirtschaftsentwicklung Anlaß, die Kartellpolitik der Bundesregierung mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen.

Keine „Verwirtschaftung des Bundesbesitzes“

Ein wirksames Mittel, die Beherrschung ganzer Industriezweige durch einige wenige Großunternehmen oder mächtige Kartelle zu verhindern, ist schließlich die wirtschaftliche Tätigkeit öffentlicher Unternehmen. Dieses Thema wird in der Kanzlererklärung schamhaft übersehen. Das Ministerium für den wirtschaftlichen Besitz des Bundes, das man aufrichtigerweise in „Ministerium für die Verwirtschaftung des Bundesbesitzes“ umbenennen sollte, wurde nur gegründet, um für eine Reprivatisierungspolitik freiere Hand zu bekommen.

Dabei hat selbst der Bundeswirtschaftsminister in einem lichten Augenblick die wirtschaftspolitische Bedeutung der Bundesunternehmen anerkannt; in dem Augenblick nämlich, als er verlangte, die Bergbaugesellschaften des Bundes sollten die letzte Kohlepreiserhöhung verhindern. Aber warum hat sich der Bundeswirtschaftsminister nicht rechtzeitig durch die Auswahl der Aufsichtsratsvertreter des Bundes und durch andere geeignete Maßnahmen den notwendigen Einfluß auf die Geschäftsführung der Bundesunternehmen gesichert, wie dies nach der Haushaltsordnung seine Pflicht ist?

Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich jedenfalls mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß dem Bund die Möglichkeit genommen wird, durch Bundesunternehmungen unerwünschte wirtschaftliche Entwicklungen, insbesondere bedenkliche Preiserhöhungen, zu verhindern, während ihm die Übernahme der Verlustposten der freien Wirtschaft ohne Bedenken zugemutet wird. Hier sehen wir mit großer Sorge der Tätigkeit des Triumvirats Erhard - Etzel - Lindrath entgegen, dem offenbar die Aufgabe zugeordnet ist, den Ausverkauf der wertvollen Teile des Bundesvermögens in die Wege zu leiten.

Einheitliche Energiewirtschaftspolitik notwendig

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist die Entwicklung einer einheitlichen Energiewirtschaftspolitik. Die Kanzlererklärung, daß Atomenergie und Wasserwirtschaft nunmehr in einem Ministerium zusammengefaßt werden, kann von uns als ausreichender Beitrag zur Lösung dieses Problems nicht anerkannt werden. Nichts enthält sie darüber, wie die drohende Energielücke geschlossen werden soll. Nichts darüber, daß ein langfristiges Programm aufgestellt werden muß, um die Steigerung der Kohleförderung, die Entwicklung der Atomenergie sowie die Einfuhr von Kohle und Öl auf lange Sicht aufeinander abzustimmen. Nichts über ein Investitionsprogramm, um die Durchführung der geplanten Ausbauprogramme sicherzustellen. Auch nichts darüber, daß der soziale Stand des Bergmanns beim besten Willen nicht mehr über den Preis gewahrt werden kann, und daß deshalb die bisher gezahlten Subventionen durch eine großzügige Gesamtlösung ersetzt werden müssen. Ein wahrhaft dürftiges Regierungsprogramm in einer so entscheidenden Frage. Deshalb werden wir unseren Antrag wiederholen, eine umfangreiche und gründliche Enquête über die Probleme der Energiewirtschaft durchzuführen.

Abschaffung des unsozialen Steuersystems

Im Bereich der Finanzwirtschaft hat der Bundeskanzler sich darauf beschränkt, eine echte Steuer- und Finanzreform zu versprechen.

Das war alles. Es muß daher auf einige Punkte hingewiesen werden, die wir für wichtig halten.

Das Bundesfinanzministerium hat noch vor kurzem festgestellt, daß in der Bundesrepublik die niedrigen und mittleren Einkommen wesentlich höher besteuert werden als in den USA und in allen westeuropäischen Ländern mit Ausnahme der Schweiz; dafür werden die hohen Einkommen bei uns geringer belastet. Die Entlastung der schwächeren Steuerzahler muß daher im Vordergrund einer Steuerreform stehen, um diesen unsozialen Charakter unseres Steuersystems zu beseitigen.

Unser derzeitiges Steuersystem beruht überwiegend auf indirekten Steuern, die bekanntlich in der Regel als feste Kosten in die Preise eingehen und den Steuerzahler unabhängig von seinem Einkommen und seiner Leistungsfähigkeit in höchst unsozialer Weise belasten. In unseren Preisen stecken viel zu viele indirekte Steuern und Zölle. Da von diesen Steuern und Zöllen immer wieder Umsatzsteuern und Handelsspannen berechnet werden, ergibt sich eine preistreibende Wirkung, die über den Steueranteil am Preise weit hinausgeht. Wir fordern daher die Beseitigung der unsozialen Kaffee-, Tee- und Zuckersteuer, der Zölle auf lebenswichtige Güter und der Umsatzsteuer auf Lebensmittel.

Das System der indirekten Steuern wird durch ein System von Begünstigungen und Abschreibungserleichterungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer ergänzt, das die preistreibende Selbstfinanzierung der Unternehmungen über den Preis geradezu herausfordert. Wir verlangen daher den Abbau dieser Einzelvergünstigungen.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird alle Maßnahmen, die eine Eigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten fördert, unterstützen. Sie wird sich aber gegen alle Versuche wehren, unter der Flagge „Förderung des Kapitalmarktes“ einseitige Steuerenkungen zugunsten großer Unternehmungen und der derzeitigen Aktienbesitzer vorzunehmen und auf die dringend notwendigen Entlastungen der kleinen Einkommensbezieher und Reformen auf dem Gebiete der indirekten Steuern zu verzichten.

Maßnahmen zur Beseitigung des Verkehrswirrwarrs

Die Lage der Verkehrswirtschaft ist alarmierend. Der Verkehrswirrwarr ist gewachsen. Die Verschuldung der Bundesbahn nimmt zu, ihre jährlichen Defizite werden immer größer. Der ruinöse Wettbewerb zwischen Schiene und Straße hält unvermindert an. Auf Drängen der Sozialdemokratie sind zwar Zehn-Jahres-Pläne für den Straßenbau und für die Modernisierung der Bundesbahn aufgestellt worden. Aber auch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers enthält weder konkrete Vorschläge für eine Sanierung der Bundesbahn und für die Beseitigung ihrer Kriegsschäden und ihres Nachholbedarfes, noch für die Finanzierung des Straßenbauplanes.

Eine wirksame nachhaltige Bekämpfung der Verkehrsunfälle ist nur zu erwarten, wenn das Straßennetz der wachsenden Motorisierung angepaßt wird. Wir verlangen daher erneut die Zweckbindung der spezifischen Verkehrssteuern und die Bildung eines Straßenbaufonds, um die Finanzierung des Straßenbauplanes sicherzustellen. Unsere besondere Besorgnis gilt der Unfallhäufigkeit in geschlossenen Ortschaften. Die Städte und Gemeinden müssen durch finanzielle Hilfe des Bundes in den Stand versetzt werden, ihr Straßennetz der veränderten Verkehrssituation anzupassen. Vordringlich ist auch eine vernünftige und definitive Regelung der Maße und Gewichte für Lastkraftfahrzeuge, um die Schwierigkeiten in der Lastwagenindustrie zu vermindern.

Die Tatsache, daß Herr Dr. Seebohm, der für die verhängnisvolle Entwicklung der letzten Jahre die Hauptverantwortung trägt, wiederum zum Verkehrsminister bestellt wurde, veranlaßt uns zu höchster Skepsis gegenüber den vagen Erklärungen des Bundeskanzlers. Bis heute jedenfalls waren die Automobilindustrie und die Mineralölindustrie die einzigen Nutznießer der deutschen Verkehrspolitik, während der Verkehr schwere Not leidet.

Die Bundespost wird weiterhin umfangreiche Investitionen im Fernmeldewesen vornehmen müssen. Da der Bundesfinanzminister die Post finanziell völlig ausgehungert hat, plant sie offenbar eine größere Gebührenerhöhung. Wir können nur immer wieder nachdrücklich vor einer weiteren Investitionsfinanzierung über erhöhte Gebühren warnen.

Eine Stellungnahme zu den aktuellen Aufgaben der Wirtschaftspolitik wäre unvollständig, wenn sie nicht auf die große Bedeutung einer ausreichenden Publizität für die Entwicklung echter demokratischer Lebensformen eingehen würde.

Anwendung moderner Mittel der Wirtschaftspolitik

Als modernes Mittel zur Offenlegung der wirtschaftlichen Gesamtzusammenhänge haben die Wirtschaftswissenschaft und die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren das Instrument der *volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* entwickelt. Wir bedauern es sehr, daß die Regierungserklärung kein Wort darüber enthält, daß auch die Bundesregierung sich dieses modernen Mittels der Wirtschaftspolitik bedienen wird. Wir werden daher auch in diesem Bundesstage unseren Gesetzentwurf zur Förderung eines stetigen Wachstums der Wirtschaft wieder einbringen, der die Erstellung einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eines Nationalbudgets vorseht.

Schließlich hat sich inzwischen in der gesamten öffentlichen Meinung die Überzeugung durchgesetzt, daß die Publizität der großen wirtschaftlichen Unternehmungen im geltenden Aktienrecht völlig unzulänglich geregelt ist. Alle großen Unternehmungen müssen gesetzlich verpflichtet werden, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, ihre Vermögenslage und ihre Ertragsentwicklung in ihren Bilanzen und Geschäftsberichten wirklich offen darzulegen. Die Formulierung der Regierungserklärung „die Ertragslage der Gesellschaften müsse auch der breiten Öffentlichkeit verständlich gemacht werden“ ist allzu unkonkret und unverbindlich. Hier muß die *Aktienrechtsreform* für eine baldige tiefgreifende Änderung der geltenden Bestimmungen sorgen. Wer nicht will, daß die Demokratie ständig durch wirtschaftliche Interessengruppen überspielt wird, muß für Durchsichtigkeit der Wirtschaft sorgen. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik.

Verbesserung der Agrarstruktur notwendig

Auf dem Gebiet der *Landwirtschaft und der Ernährung* steht die Sozialdemokratie jedem ernsthaften Versuch, die aktuellen Probleme zu lösen, positiv gegenüber. Wir haben in den vergangenen Legislaturperioden nicht gezögert, finanziellen Belastungen der Gesamtwirtschaft zugunsten der Landwirtschaft zuzustimmen, wenn damit der Landwirtschaft effektiv Hilfe geleistet werden konnte. Das gilt nicht zuletzt für unsere Zustimmung zu den ersten beiden „Grünen Plänen“.

Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie in der vergangenen Legislaturperiode mit ihrem Vorschlag für eine Investitionshilfe den Versuch gemacht, die vernachlässigten Teile der deutschen Landwirtschaft konkurrenzfähig zu machen. Gerade die kleineren Betriebe sind im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte immer mehr ins Hintertreffen geraten. Diese Betriebe, zusammen mit denen, die unter besonders ungünstigen naturbedingten Verhältnissen arbeiten müssen, bilden aber den größten Teil unserer Landwirtschaft. Die sozialen Verhältnisse der in ihnen lebenden und arbeitenden Menschen sind vielfach ausgesprochen katastrophal. Hier muß Abhilfe geschaffen werden, denn nach unserer Auffassung bestimmt sich Wert oder Unwert der Agrarpolitik nach der Leistungsfähigkeit und dem sozialen Standard der in ihnen lebenden Menschen.

Vergleicht man die Forderungen, die auf dem Gebiet der Agrarpolitik von den verschiedensten Seiten erhoben werden, dann könnte es so scheinen, als wäre man sich auf allen Seiten mehr oder weniger völlig einig. Das gilt vor allem für bestimmte Grundvorstellungen. Auch die Sozialdemokratie hat seit Jahr und Tag die Beschleunigung der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur gefordert. Sie hält auch heute noch daran fest, daß es für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse eine Marktordnung geben muß. Es ist für uns eine wirtschaftspolitische Binsenwahrheit, daß auch ein landwirtschaftlicher Betrieb seine Kosten decken können muß, wenn er produzieren und die in ihm tätigen Menschen so entlohnen soll, daß ihr sozialer Standard dem Stande anderer schaffender Bevölkerungsgruppen entspricht.

Wir sind der Meinung, daß man nur dann schnell und wirksam helfen kann, wenn man die Hilfe auf die Bereiche konzentriert, die

darauf einen Anspruch haben. Die mit den erforderlichen Maßnahmen verbundenen Lasten kann man den anderen Wirtschaftszweigen und den Verbrauchern nur zumuten, wenn sichergestellt ist, daß die gemachten Anstrengungen auch zum Ziele führen.

In dieser Hinsicht haben wir in der Vergangenheit die Agrarpolitik der Regierung wiederholt kritisieren müssen. So hat sie zum Beispiel ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Verhältnisse sehr hohe Beträge etwa für die Subventionierung der Milch, des Düngers und des Treibstoffes so ausgegeben, daß davon gerade dort am wenigsten ankam, wo durchgreifende Hilfe am meisten nötig war. Diejenigen bekamen am meisten, die zwar am lautesten schriehen, aber doch wegen ihrer sehr viel günstigeren Bedingungen Hilfe aus öffentlichen Mitteln weit weniger nötig hatten.

Der Einfluß von Kreisen, die zwar in der Landwirtschaft nur eine Minderheit darstellen, aber doch immer so tun, als wären sie die Landwirtschaft, ist die Ursache dafür, daß die Agrarpolitik der vergangenen Jahre — trotz sehr erheblicher Aufwendungen — im Ganzen gesehen unbefriedigend war.

Da ist zunächst das fehlende Grundstücksverkehrsgesetz. Die erste Adenauer-Regierung hat auf diesem Gebiet überhaupt nichts getan, und die zweite brachte einen Entwurf erst so spät zustande, daß er vom Bundestag nicht mehr behandelt werden konnte. Dabei ist ein solches Gesetz die Voraussetzung dafür, daß die Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur nicht zu Lasten der kleinen Betriebe geht, an deren besonderer Förderung und Erhaltung den Sozialdemokraten deshalb so viel liegt, weil es hier schon ein breitgestreutes Eigentum gibt und nicht erst geschaffen zu werden braucht.

Der Einfluß der Nutznießer der bisherigen Agrarpolitik ist zwar nur eine Karikatur des politischen Einflusses der Großagrarier unseligen Andenkens. Seine Folgen aber sind für die große Masse der in der Landwirtschaft tätigen Menschen nicht weniger verhängnisvoll. Die heutigen äußerst unbefriedigenden Zustände im weiten Bereich der bäuerlichen Familienbetriebe und die sich daraus ergebenden Sorgen für den Bestand dieser Betriebe im Europäischen Markt sind schließlich nur eine Folge jener Agrarpolitik, die im Interesse eines kleinen Teils der Landwirtschaft und außerdem weitgehend nicht

unter agrarwirtschaftlichen, sondern unter parteipolitisch bestimmten Gesichtspunkten betrieben wurde. Die Fortsetzung einer solchen Einflusnahme wird deshalb von der Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpft werden.

Es ist kein Wunder, daß diese Art von Agrarpolitik nicht nur in einem gefährlichen Umfange gegenüber der Landwirtschaft wirkungslos blieb, sondern auch immer wieder neue Gegensätze und Mißverständnisse zwischen Stadt und Land heraufbeschworen hat. Was die Landwirtschaft am nötigsten braucht, ist die Sympathie und das Verständnis aller anderen Bevölkerungskreise, denn nur so werden die Maßnahmen durchgeführt und die Mittel aufgebracht werden können, deren die Landwirtschaft bedarf.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre hat die Sozialdemokratische Fraktion die ernstesten Zweifel daran, daß es der Bundesregierung diesmal gelingen wird, die landwirtschaftlichen Probleme zu lösen, daß die Landwirtschaft ihren vollen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtleistung liefern kann und dafür den ihr zukommenden Anteil in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erhält.

Gegen Abbau des sozialen Wohnungsbaues

Zum Wohnungsbau hat der Bundeskanzler in drei knappen Sätzen so gut wie nichts gesagt. Gegen die fortgesetzte Steigerung der Bodenpreise, gegen den Bodenwucher, hat die Bundesregierung bis heute nichts unternommen. Gerade der von ihr angesprochene Eigenheimbau wird dadurch aber schwer beeinträchtigt. Nichts war darüber zu hören, ob die Regierung das im zweiten Bundestag nicht mehr verabschiedete Bundesbaugesetz erneut vorlegen wird und diesmal in einer Fassung, die die Bodenspekulation einengt.

Der sozialdemokratischen Forderung nach einem sozialen Mietrecht tritt der Bundeskanzler nun bei. Wir wissen nur nicht, was er sich darunter vorstellt. Wir warnen aber die Bundesregierung mit aller Eindringlichkeit, wieder den Regierungsentwurf hervorzuholen, durch den der Mieterschutz aufgehoben werden sollte.

Bevor der Wohnungsbau in die Marktwirtschaft überführt, das heißt, die Mieten dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden sollen,

ist zu bedenken, daß trotz aller Ministerreden nach über zwei Millionen Wohnungen für Familien, Einzelhaushalte und Alleinstehende fehlen. Die amtlichen Zahlen der letzten Wohnungszählung beweisen das. Sie zeigen auch, daß noch über 700 000 Familien und Haushaltungen in den elendsten Behausungen, in Not- und Behelfswohnungen, in Lagern und Baracken, in Nissenhütten und in bereits einsturzgefährdeten Häusern leben müssen. Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren, daß angesichts dieser Not inmitten des „Wirtschaftswunders“ der soziale Wohnungsbau gesdrosselt und eingeschränkt wird.

Heute können die Wohnungssuchenden in der Regel nur mit Baukostenzuschüssen und Mieterdarlehen zu einer Wohnung kommen. Deshalb müssen die öffentlichen Mittel in erster Linie für die hilfsbedürftigen Bevölkerungskreise eingesetzt werden. Vor allem müssen endlich die jungen Familien und die Normalverbraucher Wohnungen erhalten können.

Auch über den aufgestauten und ständig anwachsenden neuen Wohnungsbedarf der Zuwanderer aus der sowjetischen Besatzungszone sagte der Bundeskanzler kein Wort. Dabei sind hierfür, neben der allgemeinen Wohnungsbauförderung, in ausreichendem Maße zusätzliche Mittel erforderlich, damit die Länder nicht den sonstigen sozialen Wohnungsbau einschränken müssen. Diese Mittel müssen den Ländern so beschleunigt und vereinfacht bewilligt werden, daß die Zuwanderer nicht jahrelang in den Lagern hausen müssen.

Die Sozialdemokratische Fraktion tritt nach wie vor dafür ein, daß Klein- und Einzeleigentum für breite Schichten des Volkes in Form von Eigenheimen geschaffen wird. Wir unterstützen die Bundesregierung, wo es um die Förderung des echten sozialen Wohnungsbaues geht. Wir werden ihr aber nicht entgegenreten, wenn sie unsoziale Maßnahmen treffen will.

Aufgabe des neuen Bundestages: Sozialreform

Auch die Sozialpolitik ist in der Regierungserklärung völlig unzureichend behandelt worden. Vor vier Jahren wurde in der damaligen Regierungserklärung die Vorlage eines umfassenden Sozial-

programmes versprochen. Dieses Mal hat es der Bundeskanzler noch nicht einmal für notwendig gehalten, ein derartiges Versprechen abzugeben. Die Regierungserklärung bestätigt unsere Sorge, daß die Bundesregierung das Soziale offenbar als eine mehr oder minder lästige Seite der Politik oder sogar als ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Anders können die Redensarten der Regierungserklärung wie „Allmacht des Staates“, „Kollektivismus“ und „Abgleiten in einen totalen Versorgungsstaat“ nicht verstanden werden.

Wir Sozialdemokraten werden die Bundesregierung immer wieder an die Verpflichtung des Grundgesetzes, einen sozialen Rechtsstaat zu schaffen, nachdrücklich erinnern. Sozialpolitik ist ein notwendiger Teil jeder modernen Staats- und Gesellschaftspolitik. Sie schafft den Menschen in der modernen Industriegesellschaft die Möglichkeit, sich als freie Persönlichkeit zu entfalten, sich mit den Seinen in Schicksalslagen zu behaupten, in Würde und Freiheit leben zu können.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß sich in unserer Zeit eine Demokratie ohne sozialen Gehalt nicht behaupten kann.

Auch im dritten Bundestag werden wir immer für eine umfassende Sozialreform eintreten, die, wenn Worte noch einen Sinn haben sollten, mehr sein muß als eine Regelung von Teilfragen. Diese Reform muß endlich eine Vereinfachung des Sozial- und Arbeitsrechtes bringen, damit die Menschen nicht noch mehr dem Wirrwarr einer unorganischen Sozialgesetzgebung ausgeliefert werden.

Jede Sozialreform hat den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft- und Sozialpolitik zu berücksichtigen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz werden immer mehr Betriebe zur Automatisierung übergehen. Das darf nicht ohne Rücksicht auf die Menschen geschehen. Den Gefahren der Automatisierung in Fabrik und Büro muß rechtzeitig vorgebeugt werden. Hier liegen Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die angefaßt werden müssen, wenn künftig nicht eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten das gleiche Schicksal erleiden soll wie heute schon ihre älteren Kollegen. Deshalb bedauern wir, daß in der Regierungserklärung kein Wort über die Arbeitspolitik unter den Bedingungen der Automation gesagt wurde.

In diesem Zusammenhang steht auch die Mitbestimmung zur Erörterung. Dabei verdient eine Erklärung Interesse, die der frühere Arbeitsminister Storch als offizieller Vertreter der Bundesrepublik auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf abgegeben hat. Er sprach davon, daß angesichts drohender Gefahren der Automatisierung nach Wegen der Mitgestaltung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer gesucht werden müsse. Warum hat sich die Regierungserklärung über diesen wichtigen Sachverhalt ausgeschwiegen? Ist vielleicht der Minister Storch auch über diese Genfer Erklärung gestolpert und so auf diese seltsame Weise ein erstes Opfer der Automatisierung geworden?

Auch der Arbeitsschutz muß darauf überprüft werden, ob er der gestiegenen Beanspruchung der Menschen unter den neuen Arbeitsbedingungen entspricht und ob er für den Schutz beim Umgang mit radioaktiven Stoffen ausreicht. Bei der Neuordnung der Unfallversicherung ist nicht nur auf eine Verbesserung der Leistungen, sondern vor allen Dingen auf eine nachdrückliche Bekämpfung der Unfallgefahren und der Berufskrankheiten Gewicht zu legen.

Zur Krankenversicherungsreform wurde in der Regierungserklärung nichts Konkretes gesagt. Eine Neuordnung der Krankenversicherung muß für alle Versicherten und ihre Familienangehörigen einen Rechtsanspruch auf gesundheitliche Leistungen gewährleisten, der dem heutigen Stand der medizinischen Wissenschaft entspricht. Dabei muß unter anderem die verhängnisvolle Aussteuerung beseitigt und insbesondere dem Schwerkranken Krankenhauspflege ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden. Nicht zuletzt muß eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kranken, Arzt und Kassen erfolgen, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten unserer Zeit angepaßt ist.

Es ist kennzeichnend, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer in der Regierungserklärung nicht mit einem Wort die großen gesundheitspolitischen Aufgaben unserer Tage erwähnt hat.

Zu einer Gesundheitssicherung bedarf es keiner neuer Verwaltungsbürokratie. Die Fortentwicklung der Krankenversicherung kann sich auf die in Jahrzehnten gewachsene und bewährte Selbstverwaltung stützen und damit zugleich die Selbstverantwortung stärken. Im

Mittelpunkt dieser Gesundheitssicherung soll ein freier Arzt in eigener Praxis stehen — nur dem Patienten und seinem Gewissen verantwortlich.

Wir sind froh, daß wir der Regierung und ihren Parteien im zweiten Bundestag wenigstens eine *Rentenneuordnung* abtrotzen konnten. Hierdurch wurde die Lebenslage vieler alter und arbeitsunfähiger Menschen wesentlich verbessert. Mit Nachdruck müssen wir aber betonen, daß wir die Neuordnung der Rentenversicherung keineswegs als abgeschlossen betrachten. Wenige Tage vor dem Wahltermin hat der Bundeskanzler zugeben müssen, daß die neuen Rentengesetze noch zahlreiche Unstimmigkeiten enthalten. Die Regierungserklärung hat sich leider wesentlich zurückhaltender ausgesprochen.

Mit Erstaunen mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß in der Regierungserklärung die *Kriegsopferversorgung* mit keinem Wort erwähnt worden ist. Die Entwicklung in der Kriegsopferversorgung hat uns in den sieben Jahren seit Verkündung des Bundesversorgungsgesetzes nicht befriedigen können. Es kommt jetzt darauf an, nicht nur Unebenheiten auszugleichen, sondern das Reformwerk der Kriegsopferversorgung in Angriff zu nehmen.

Mehr Mittel zur Förderung der Jugend

Über die Maßnahmen zur *Förderung der Jugend* hat sich die Regierungserklärung praktisch ausgeschwiegen. Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß sich der Staat viel intensiver und großzügiger, als es bisher geschehen ist, unserer gesamten Jugend, ihrer Erziehung und Ausbildung und ihres Schutzes annehmen muß. Insbesondere sind die Voraussetzungen für eine körperlich und geistig gesunde Entwicklung zu schaffen. Dazu gehört vor allem neben einer noch weiter auszudehnenden Gesundheits- und Ferienerholungsfürsorge ein unserer Zeit entsprechendes Jugendarbeitsschutzgesetz. Wir bedauern, daß die Regierung im ersten und zweiten Bundestag dieses wichtige Jugendgesetz nicht rechtzeitig vorgelegt hat. Wir halten seine schnelle Bearbeitung und Verabschiedung für unbedingt erforderlich.

Leider hat ein großer Teil unserer begabten Jugend in der Bundesrepublik nicht die Chance der Berufsausbildung, wie in vielen anderen Ländern. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist bei uns auch heute noch überwiegend von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Eltern abhängig. Um allen Kindern und Jugendlichen entsprechend ihrer Begabung die gleichen Startmöglichkeiten zu geben, ist eine großzügige Neuregelung unserer Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen erforderlich. Der Berufsausbildung und der Förderung des Nachwuchses ist größte Aufmerksamkeit zu schenken, und die gesetzlichen Grundlagen hierzu sind in einem Jugendhilfsgesetz und in einem Berufsausbildungsgesetz zu schaffen.

Besonderer wirtschaftlicher Hilfeleistungen bedarf der akademische Nachwuchs, damit die Möglichkeit eines intensiven Studiums gegeben ist. Die Schaffung von Studentenwohnheimen ist vordringlich. Neben der Förderung zur Berufsausbildung müssen der Jugend Einrichtungen und Hilfen angeboten werden, deren sie sich in ihrer Freizeit bedienen kann. Mehr als bisher sollten durch den Bundesjugendplan Mittel für Jugendheime und Jugendherbergen gegeben werden. Im Rahmen eines Freizeitprogramms ist die staatsbürgerliche Erziehung der jungen Menschen besonders zu fördern. In enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen sollten Jungen und Mädchen auf ihre späteren Aufgaben in der Familie vorbereitet werden. Um der Jugend aller Länder die Möglichkeit zu geben, sich kennen- und verstehen zu lernen, muß der internationale Jugendaustausch erweitert werden.

Die Förderungsmaßnahmen müssen allen Jugendlichen, unabhängig von ihren politischen und weltanschaulichen Bindungen gleichermaßen zugute kommen. Wir verlangen, daß die bisher vernachlässigte Jugendpolitik im Rahmen der Gesamtpolitik der Regierung ein größeres Gewicht erhält.

Die Familie als Grundlage der Gesellschaft

Die Sozialdemokratie bedauert es auf das tiefste, daß entgegen den Wahlversprechungen des Bundeskanzlers wieder keine Frau in das Kabinett berufen wurde. Sie sieht darin eine Mißachtung der

Frau als gleichberechtigter Partner in der Gestaltung von Staat und Gesellschaft.

Die Ausführungen des Kanzlers zur Familienpolitik waren mehr als dürftig. Trotz der Schaffung des Familienministeriums vor vier Jahren fehlt es an einem Programm zur Förderung der Familie.

Die Sozialdemokratie sieht in der Familie die selbstverständliche Grundlage der Gesellschaft. Sie erstrebt daher eine wirtschaftliche Ordnung in der keine Mutter vorschulplichtiger und schulpflichtiger Kinder aus wirtschaftlicher Not gezwungen ist, Erwerbsarbeit zu leisten.

Der Ausgleich der besonderen wirtschaftlichen Belastungen, die sich für Familien mit Kindern ergeben, ist eine Aufgabe der Allgemeinheit, die durch allgemeine Steuermittel finanziert werden muß. Eine sinnvolle Familienpolitik muß für alle Kinder durch Gewährung von Kindergeld zur gleichmäßigen wirtschaftlichen Entlastung der Familie beitragen.

Die jetzige Methode der Gewährung von Kindergeld hat sich nicht bewährt. Das starre Festhalten an einem verfehlten Prinzip hat nicht nur zu einer weiteren Komplizierung des Sozialrechts, sondern auch zu einer ungerechtfertigten Beitragslast für das Handwerk, Klein- und Mittelbetriebe sowie die Landwirtschaft geführt.

Wir fordern weiter, daß der Beschluß des ersten Bundestages, den Mutterschutz für Hausfrauen und mithelfende Familienangehörige auszubauen, endlich realisiert wird. In der Gesetzgebung, insbesondere im Sozialrecht, muß die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit gewertet werden.

Die Hausfrauen müssen in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen und die Herabsetzung der Altersgrenze für Ruhegeld auf sechzig Jahre auf alle Frauen ausgedehnt werden. Die Verschlechterung der Versicherungsmöglichkeiten für Hausfrauen durch den zweiten Bundestag sind wieder aufzuheben.

Im Interesse der Familie fordern wir gesunde, familiengerechte Wohnungen zu tragbaren Mieten. Diese Wohnungen sollen den Anforderungen rationaler Haushaltsführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Auch für Alleinstehende sollten in Neubauvorhaben Kleinwohnungen vorgesehen werden.

In der Bundesrepublik gibt es über sieben Millionen alleinstehende Frauen. Auch diese Frauen haben Anspruch auf Schutz und Hilfe der Allgemeinheit, als Mutter, als Arbeitnehmerin, als Versorgerin alleinstehender Familienangehöriger.

Die Sozialdemokratie bedauert, daß das Lebensmittelgesetz im zweiten Bundestag den Interessentengruppen zum Opfer gefallen ist. Dieses Gesetz ist ein besonderes Anliegen aller Hausfrauen und Mütter. Wir werden Schritte unternehmen, damit dieses längst fällige Gesetz im Interesse der Volksgesundheit und des Schutzes des Verbrauchers wirksam werden kann.

Die Eingliederung der Vertriebenen ist unbefriedigend

Die letzten vier Jahre der Regierungspolitik waren gekennzeichnet durch eine Vernachlässigung der Probleme der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und Kriegsgeschädigten. Der Prüfstein aller Versicherungen der Bundesregierung ist das Schicksal der betroffenen Menschen. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist die Eingliederung in die Landwirtschaft unbefriedigend geblieben. Über 150 000 Siedlungswilligen muß geholfen werden. Aber weder die gesetzlichen Grundlagen noch die notwendige Planung auf lange Frist sind erkennbar. Ich erinnere an den Beschluß des Bundestages vom Juli 1957, der ein allgemeines Siedlungsgesetz bis zum April 1958 verlangte. Ich erinnere weiter an die angekündigte Aufstellung eines großen Planes für die Vertriebenen, der die Gesamtplanung für die Eingliederung der 150 000 Siedlungswilligen im Laufe von zehn Jahren und die Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel sichert.

Gleichzeitig wachsen die Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge und Spätaussiedler. Der Engpaß beim Wohnungsbau für die Sowjetzonenflüchtlinge und Spätaussiedler muß beseitigt werden.

Wir sind ferner der Auffassung, daß das Notaufnahmegesetz in seiner bisherigen Fassung der im Grundgesetz verankerten Freizügigkeit widerspricht. Wir fordern eine Neuregelung des Notaufnahmeverfahrens. Schließlich sollte der Wunsch der Sowjetzonen-

flüchtlings nach einer Beweissicherung ihrer Verluste und ihrer Schäden berücksichtigt werden.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung nur in wenigen Sätzen die Problematik von Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen angedeutet. Wir wünschen, daß der Lastenausgleich durch eine Vorfinanzierung rascher abgewickelt werde. Die Hausratshilfe mit ihren feststehenden Sätzen verliert mehr und mehr ihre Wirksamkeit, je länger sie tropfenweise über einen weiten Zeitraum hingeschleppt wird, ohne Rücksicht darauf, daß eine Mark vor fünf Jahren einen höheren Kaufwert hatte als heute. Ein bedauerliches Kapitel ist auch die noch fehlende Umstellung von Renten der Heimatvertriebenen. Wir verlangen eine Beschleunigung der Rückführung der Evakuierten in ihre Heimatorte. Gerade die Evakuierten verdienen endlich eine raschere Arbeit und eine bessere Koordination des Bundes mit den Ländern.

Außenpolitik der Bundesregierung gefährdet Frieden und Sicherheit

Zur Außenpolitik möchte ich zunächst feststellen, daß unbestrittenes gemeinsames Ziel der deutschen Politik sein sollte: Die Bewahrung des Friedens, die Erhaltung der Freiheit und die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands. Die Regierungspolitik muß danach beurteilt werden, ob sie zur Erreichung dieser Ziele beiträgt oder — im Gegenteil — diese Ziele nicht sogar gefährdet. Nach unserer Auffassung, und vor allem nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, ist das Letztere der Fall. Der Bundeskanzler hat seine Darlegungen über die außenpolitischen Absichten seiner Regierung begonnen mit einer allgemeinen Betrachtung über die internationale Situation. Er hat die These vertreten, daß wir es östlich der Zonengrenze, in der sowjetisch besetzten Zone, in den osteuropäischen Ländern, und vor allem in der Sowjetunion selbst mit einem diktatorischen Regime zu tun haben, das Millionen von Menschen willenlos und unfähig gemacht hat, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, und das kein anderes Ziel verfolgt, als im Namen des Kommunismus und des Panslawismus eine aggressive und imperialistische Politik gegenüber der übrigen Welt zu führen

und immer wieder durch neue Vorstöße und Aktionen in verschiedenen Teilen der Welt neue Spannungen und die Gefahr von Konflikten hervorzurufen.

Die Antwort des Bundeskanzlers auf diese Lage ist von derselben Einfachheit. Er fordert die Verstärkung der militärischen und der politischen Einheit des Westens, und er bekennt sich ausdrücklich erneut zu einer Politik der Stärke mit der Bemerkung, daß er hoffe, daß die Verpönung dieses Wortes endlich verstumme. Als Konsequenz für die Bundesrepublik fordert er die Erfüllung aller Verpflichtungen militärischer Art, die sich aus den Verträgen für die Bundesrepublik ergeben, das heißt die totale Aufrüstung der Bundesrepublik einschließlich der atomaren Aufrüstung.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß eine derartige schematische und einseitige Darstellung der realen Situation in der Welt nicht gerecht wird, und daß eine Außenpolitik der Bundesrepublik, die auf diesen Grundlagen beruht, zu den ernstesten Gefahren für den Frieden und die Sicherheit des deutschen Volkes und zu einer Fortdauer der Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit führen muß.

Sozialdemokratie fordert Verzicht auf Atomwaffen

Zweifelloos ist die Frage einer positiven Regelung der Abrüstungsfrage das vordringlichste Problem. Die Entwicklung der modernen Kriegstechnik in den letzten Monaten, vor allem auf dem Gebiet der Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben, von ferngelenkten Raketen und zahlreicher anderer atomarer Waffen, haben eine höchst gefährliche Lage geschaffen. Sie ist noch bedrohlicher dadurch geworden, daß es bis jetzt in den Londoner Abrüstungsbesprechungen nicht gelungen ist, zu einer Vereinbarung zwischen den heutigen Atomwächtern über eine Begrenzung und Kontrolle der Rüstung, mindestens auf dem Gebiet der modernen Massenvernichtungswaffen, zu kommen. Die Gefahr ist groß, daß bei einem weiteren negativen Verlauf der Abrüstungsbesprechungen in absehbarer Zeit auch andere Mächte neben den jetzigen sogenannten Atomwächtern über diese modernen Kriegsmittel ver-

fügen, und daß dann eine Lage entsteht, in der eine wirksame Kontrolle überhaupt nicht mehr zu erreichen und durchzuführen ist. Jedermann vermag sich vorzustellen, daß die Menschheit dann jeden Tag in eine unabsehbare Katastrophe geraten kann.

Die Vorstellungen, die der Bundeskanzler in dieser Beziehung entwickelt hat, sind nach unserer Meinung nicht geeignet, die Gefahren abzuwenden. Der Bundeskanzler hat die für Dezember in Aussicht genommene Konferenz der Regierungschefs der NATO-Mächte sehr nachdrücklich begrüßt. Auch wir sind der Meinung, daß es nützlich wäre, wenn die in der NATO vertretenen Mächte in größerem Umfang als bisher ihre technischen und wissenschaftlichen Erfahrungen untereinander austauschen und ihre Bemühungen koordinieren und konzentrieren. Aber wir wünschen es deutlich zu machen, daß wir es für sehr bedenklich halten würden, wenn diese enge Zusammenarbeit praktisch zu einer Vereinbarung über die allgemeine Produktion und Verwendung der modernen Massenvernichtungswaffen führen würde. Eine solche Entscheidung würde die Sicherheit für die westlichen Völker nicht erhöhen, aber die internationalen Spannungen in gefährlicher Weise vergrößern. Mit der größten Besorgnis verfolgen wir die internationale Diskussion über die Aufhebung des Verbots der Produktion von Raketenwaffen durch die Bundesrepublik. Die bisherigen Erklärungen der Bundesregierung in dieser Frage befriedigen uns nicht. Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt gesagt, daß die Bundesrepublik mit dem Verzicht auf die Produktion der modernen Massenvernichtungswaffen freiwillig einen Beitrag zur Abrüstung geleistet habe. Jetzt kommt die Probe auf das Exempel. Es gibt nur eine Antwort auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in diesen Wettlauf des Schreckens: Nein und nochmals nein!

Wir wissen zur Zeit noch nicht, ob und welche internationale Bedeutung der neue personelle Wechsel in der Führung der Sowjetunion hat. Aber wir müssen auch hier mit der Möglichkeit rechnen, daß sie als eine Warnung der Sowjetunion an den Westen gedacht ist, und daß die Antwort der Sowjetunion auf das Weitertreiben der atomaren Rüstung im Westen auch die Verdoppelung der Anstrengungen der Sowjetunion in der gleichen Richtung sein wird. Wir wissen aus bitteren Erfahrungen in der Geschichte unseres

eigenen Volkes, daß eine solche Politik beinahe unausweichlich mit einer Katastrophe enden muß.

In dieser Lage möchten wir mit allem Ernst und mit allem Nachdruck an die Bundesregierung appellieren, jede mögliche Anstrengung zu unternehmen, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Wir bedauern die Ablehnung der Vorschläge für die Schaffung einer atomfreien Zone ohne nähere Prüfung dieser Vorschläge. Ein unmittelbarer konkreter Beitrag zu einer Politik der Entspannung wäre der ausdrückliche Verzicht der Bundesrepublik auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Diese Ausrüstung kann — nach Lage der Dinge — die Sicherheit der Menschen in der Bundesrepublik nicht erhöhen, sie kann nur eine Wirkung in der Richtung der Verschärfung der internationalen Situation haben.

Keine Initiative der früheren Bundesregierung

Wir bedauern in diesem Zusammenhang, daß die Bundesregierung schon früher auf diesem Gebiet mögliche und nützliche Initiativen praktisch unterlassen hat. Ich denke hier an die unbefriedigende Art und Weise, in der die Bundesregierung den einstimmigen Beschluß des Bundestages durchgeführt hat, durch den wir die beteiligten Mächte aufforderten, die Versuchsexplosionen von Atom- und Wasserstoffbomben einzustellen. Wir sind auch heute noch der Meinung, daß ein solcher Schritt notwendig und nützlich ist im Interesse der Gesundheit der Menschen und im Interesse der Herabminderung der Gefahren des Wettrüstens.

Vorschlag für eine Internationale Atomkonferenz

Wir wissen, daß das Problem einer Kontrolle und Beschränkung der Rüstungen eine sehr komplizierte Angelegenheit ist, und wir bedauern, daß die Sowjetunion nicht bereit war, die von den Westmächten im Londoner Abrüstungsausschuß unterbreiteten Vorschläge anzunehmen. Aber wir sind der Meinung, daß man sich im Hinblick auf den Ernst der Lage mit dieser Ablehnung nicht



frieden geben darf. Unser Vorschlag an die Bundesregierung ist, daß sie die uns befreundeten Regierungen anregt, sobald als möglich, und jedenfalls vor endgültigen Beschlüssen über die weitere militärische Strategie des Westens, mit der Sowjetunion eine Konferenz der Atommächte unter Beteiligung der Chefs der Regierungen dieser Länder durchzuführen, um noch einmal in einem solchen direkten Gespräch auf höchster Ebene den ernsthaften Versuch zu machen, zu einer Vereinbarung in der Abrüstungsfrage zu kommen. Sicher kann niemand einen Erfolg einer solchen Konferenz garantieren, aber angesichts der jetzt gegebenen Situation darf ein solcher Versuch nicht unterbleiben. Niemand in der Welt wird es später verantworten können, nicht noch einmal einen solchen außergewöhnlichen Versuch, zu einer Entspannung zu kommen, unternommen zu haben.

Das deutsche Volk in beiden Teilen Deutschlands befindet sich in einer solchen gefährdeten Position, daß die Bundesregierung nach unserer Auffassung nicht nur das moralische Recht, sondern sogar die Pflicht hat, eine solche Initiative zu ergreifen. Sie könnte dabei der Unterstützung des ganzen deutschen Volkes sicher sein; und es besteht kein Zweifel, daß auch Regierungen anderer Länder sie bei einer solchen Initiative unterstützen würden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer selbst hat auf den außerordentlichen Ernst der Lage hingewiesen, und unsere Meinung ist, daß man daraus auch außergewöhnliche Konsequenzen zu ziehen hat mit dem Ziel, doch noch eine verhängnisvolle Entwicklung mit unabsehbaren Konsequenzen zu verhindern.

Wir sind der Meinung, daß nur eine solche Politik geeignet ist, die Freiheit unseres Landes gegen Gefahren von außen zu sichern. Die Erhöhung der in der Spaltung Deutschlands liegenden Gefahren durch die Auffüllung der deutschen Zeitbombe mit atomarem Sprengstoff ist gleichzeitig auch eine Gefährdung unserer Freiheit. Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Verteidigung der Freiheit des eigenen Volkes nach Innen und Außen. Aber diese Verteidigung der Freiheit muß in einer Form organisiert werden, die die anderen politischen Ziele, nämlich die Bewahrung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gefährdet.

Förderung der Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern

Die vom Herrn Bundeskanzler vertretene These der Politik der Stärke als dem einzigen Mittel der Auseinandersetzung mit dem Osten beschränkt naturnotwendigerweise die Außenpolitik der Bundesrepublik auf die Kooperation mit den in der NATO mit uns verbündeten Völkern und schließt weitgehend eine aktive Außenpolitik gegenüber den anderen Völkern aus. Wenn man die These des Bundeskanzlers von dem einheitlichen Block des Ostens akzeptiert, dann erhebt sich doch die Frage, wie die Bundesregierung den ebenfalls vom Bundeskanzler vertretenen Grundsatz verwirklichen will, daß wir trotzdem auch mit den Völkern Osteuropas und mit der Sowjetunion in einem gutnachbarlichen Verhältnis leben und die zwischen diesen Völkern und uns bestehenden Differenzen und Streitfragen in einer für alle Beteiligten akzeptablen Weise friedlich regeln können.

Wir bedauern es, daß der Bundeskanzler zum Beispiel die Frage unserer zukünftigen Beziehungen zu Polen überhaupt nicht behandelt hat. Wir sind der Meinung, daß es im Interesse des deutschen Volkes und im Interesse der Entspannung in Europa liegt, wenn wir endlich normale Beziehungen zu Polen und später auch zu anderen osteuropäischen Völkern aufnehmen würden.

Die Sozialdemokratische Partei hat schon vor mehr als Jahresfrist diese Forderung erhoben, und wäre die Bundesregierung damals unseren Vorschlägen gefolgt, hätte sich vielleicht manche unerfreuliche Entwicklung der letzten Zeit in Osteuropa in bezug auf das Verhältnis zur Bundesrepublik vermeiden lassen.

Wir haben es bedauert, daß die jugoslawische Regierung die Regierung der DDR anerkannt hat. In jedem Fall hätten wir erwarten können, daß die jugoslawische Regierung rechtzeitig vorher in Gespräche mit der Bundesregierung über die von ihr beabsichtigte Entscheidung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen eingetreten wäre. Ein solches Verhalten hätte jedenfalls eine andere Atmosphäre schaffen können, als sie jetzt entstanden ist. Auf der anderen Seite bedauern wir die Reaktion der Bundesregierung, die auf den jugoslawischen Schritt mit dem Abbruch der diploma-

fischen Beziehungen geantwortet hat. Sicher wirft die Anerkennung der DDR durch Jugoslawien für die Politik der Bundesregierung sehr ernste Probleme auf; aber die Gefahr ist sehr groß, daß die Konsequenz der Entscheidung der Bundesregierung im Falle Belgrads eine Isolierung der Bundesrepublik in anderen Teilen der Welt sein wird, die nur zu großem Schaden für die deutschen Interessen führen kann. Nachdem die Bundesregierung trotz aller Warnungen der Opposition ihre Entscheidung gefällt hat, richten wir an sie den dringenden Appell, den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien nicht noch außerdem auf die wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten und vor allem auch die mit Jugoslawien abgeschlossenen Verträge zu respektieren.

Es liegt im Interesse des deutschen Volkes, daß die Bundesrepublik zu guten Beziehungen mit den osteuropäischen Völkern kommt. Das ist auch der einzige Weg, um die Mauern des Mißtrauens und des Hasses abzutragen, die die Schandtaten des Hitlerregimes aufgerichtet haben.

Sozialdemokratie fordert Politik der Entspannung

Die Sozialdemokratische Partei hat mit tiefer Sympathie den Freiheitskampf des ungarischen Volkes gegen fremde Unterdrückung verfolgt. Unsere Sympathie gehört allen Völkern, die sich heute aus den Fesseln der Kolonialherrschaft und der imperialistischen Bevormundung alten und neuen Stils zu befreien suchen. Wir beobachten mit Sorge, welche Spannungen in diesem Prozeß der wachsenden nationalen Unabhängigkeit neuentstehender Nationalstaaten auftreten; Spannungen, die sehr leicht zur drohenden Kriegsgefahr führen können, wenn die Großmächte nicht einen maßgebenden Einfluß ausüben. Wir sehen einen solchen Gefahrenpunkt im Nahen und Mittleren Osten. Die Bundesrepublik ist zwar nicht unmittelbar beteiligt. Aber es geht um den Frieden in der Welt. Deshalb sollte die Bundesregierung an die Großmächte appellieren, dort alles zu unterlassen, was zur Verschärfung der Gegensätze führen könnte. Eine Vereinbarung darüber, daß kein Kriegsmaterial in jenes Gebiet gesandt wird, wäre ein wichtiger Fortschritt. Ein wesentlicher Krisenherd im Nahen und Mittleren Osten könnte

außerdem bereinigt werden, wenn sich alle Mächte bemühen würden, einen Friedensschluß zwischen den arabischen Staaten und Israel zu erleichtern und herbeizuführen.

Nach den nützlichen Erfahrungen, die mit der Entsendung einer Polizeitruppe der Vereinten Nationen in das Suezkanalgebiet gemacht worden ist, bleibt außerdem zu prüfen, wie weit dieses Beispiel in gefährlichen Situationen an anderen Stellen angewandt werden kann. Ist nicht der Augenblick gekommen, eine internationale Polizeitruppe unter der Verantwortung der Vereinten Nationen zu schaffen? Die Einrichtung einer solchen Truppe würde die Autorität und die Aktionsmöglichkeiten der Vereinten Nationen in kritischen Situationen wesentlich verstärken.

Die Beziehungen zu den Völkern in Asien und Afrika

Der Bundeskanzler hat auch von der Notwendigkeit des Ausbaues unserer Beziehungen zu den Völkern in Asien und Afrika gesprochen und verlangt, daß wir bereit sein müssen, hier größere Opfer zu bringen als bisher. Einverstanden. Wir haben seit langem auf eine Politik in dieser Richtung gedrängt. Wir haben in Asien und Afrika eine gute Position. Das deutsche Volk ist dort nicht mit Erinnerungen an Kolonialherrschaft belastet. Gerade eine aus unserem Lande kommende ökonomische, technische und damit auch politische Hilfe zur Verbesserung des Lebensstandards und zur Erreichung gesicherter wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit wird in jenen Ländern dankbar empfunden werden. Sie wird die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Deutschland und den anderen Völkern der westlichen Kulturgemeinschaft stärken. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn die Bundesregierung ihre angekündigte Absicht verwirklicht. Wir erwarten aber, daß in solche Absichten und Pläne auch Länder wie China einbezogen werden. Wir begrüßen die von der deutschen Wirtschaft unternommenen Bemühungen, zur chinesischen Wirtschaft und zum chinesischen Staat und Volk in ein Verhältnis erspriesslicher Zusammenarbeit zu kommen.

In jedem Fall ist es wichtig, daß diese Zusammenarbeit aufgebaut wird auf der Basis der Anerkennung der Gleichwertigkeit und der

Eigenart unserer Partner. Hunderte von Millionen von Menschen in den beiden Kontinenten sind in den letzten zehn Jahren durch die Erringung ihrer nationalen Unabhängigkeit als selbständige Faktoren in die Weltpolitik eingetreten und ihr Einfluß und ihre Bedeutung werden wachsen. Wenn wir sie als Freunde und Partner der freien Völker gewinnen helfen, wird in dem Ringen um Sicherheit und Frieden in der Welt ein entscheidender Erfolg erzielt.

Sicher kann die hier vorliegende Aufgabe an wirtschaftlicher und technischer Hilfe nicht von einem einzelnen Land allein bewältigt werden. Es gehört eine ungeheure Anstrengung dazu. Aber wäre es nicht eine große und lohnende Aufgabe für alle Völker des Westens und alle, die sich beteiligen wollen, wenn sie sich entschließen würden, ihre Hilfskräfte und Hilfsmöglichkeiten zusammenzufassen in einen internationalen Rahmen, sozusagen in einem *Marshallplan auf internationaler Basis*? Die Initiative der Vereinten Nationen in Form des Sunfed-Planes weist auf dieselbe Ebene.

Heute denken wir bei dem Ringen um die Selbständigkeit der Völker fast immer nur in militärischen Begriffen. Schaffen wir einen internationalen Aufbauplan des Friedens zur Stärkung der Entwicklungsländer. Denken wir daran, daß der Marshallplan in Europa, vor allem auch in der Bundesrepublik, mehr zur Stabilisierung der Freiheit und der Demokratie getan hat als alle militärischen Allianzen.

Wir meinen, hier liegt eine Möglichkeit für eine Initiative in der Außenpolitik der Bundesrepublik, die die Zustimmung des ganzen Volkes finden würde.

Beseitigung der Wirtschaftsschranken in Europa

Eine solche Unterstützung der jungen Völker würde auch unsere Bemühungen zum europäischen Zusammenschluß in einen größeren Zusammenhang stellen. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den Verträgen über die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomenergiegemeinschaft zugestimmt*. Die Sozialdemokratie erwartet, daß die Bundesregierung alle Möglichkeiten der Verträge ausnutzt, damit die in den Verträgen

vorgesehene Hilfe für die mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verbundenen überseeischen Gebiete jene Völker und Länder instandsetzt, in freier Selbstbestimmung über ihr Schicksal zu entscheiden — und nicht etwa zu einer finanziellen Fessel an die koloniale Vormacht einzelner Staaten wird.

Die letzte Konferenz von Gatt hat deutlich gezeigt, welches Mißtrauen in der Welt gegenüber der Schaffung des Gemeinsamen Marktes der Sechs noch besteht. Wir müssen es überwinden. Die *Schaffung einer europäischen Freihandelszone* liegt auf dem Weg dazu. Ohne diese Zone würden erhebliche Teile der europäischen Wirtschaft aus dem europäischen Wirtschaftszusammenhang hinausgedrängt werden. Europa muß zusammenwachsen. Es darf nicht durch innere europäische Zollmauern und Handelsschwierigkeiten erneut zerrissen werden. Deshalb müssen die Verhandlungen um die europäische Freihandelszone mit der gleichen Energie und mit denselben wirksamen Methoden geführt werden, wie sie für das Zustandekommen des Vertrags über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angewandt worden sind.

Politik der Stärke schließt Wiedervereinigung aus

Alle diese Bemühungen um eine aufgeschlossener, unvoreingenommener, auf Entspannung und Frieden gerichtete Außenpolitik der Bundesrepublik müssen selbstverständlich immer unter dem Gesichtspunkt der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als der vordringlichsten Aufgabe der deutschen Politik gesehen werden. Die Erklärungen des Bundeskanzlers über die Absichten seiner Regierung in bezug auf die Wiedervereinigung sind absolut unbefriedigend. Man muß allerdings gerechterweise hinzufügen, sie können nicht anders sein, denn die vom Bundeskanzler vertretene Politik der Stärke auf dem Hintergrund seines Weltbildes schließt eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik aus. Es ist eine geradezu tragische Situation.

Die dritte Regierung Adenauer tritt ihr Amt an zu einer Zeit des Höhepunktes der parteipolitischen Erfolge der CDU und des Tiefstandes der Deutschlandpolitik. Heute kann niemand mehr leugnen, daß die Hindernisse gegen die Wiedervereinigung in den vergan-

genen Jahren zahlreicher und die Schwierigkeiten größer geworden sind. Die Etappen, die zu diesem gefährlichen toten Punkt in der deutschen Wiedervereinigungspolitik geführt haben, sind nicht zuletzt durch die Politik der bisherigen Bundesregierung gekennzeichnet:

1. Die Bundesregierung hat die Westmächte nicht zu einer gründlichen Behandlung der Note der Sowjetregierung vom 10. März 1952 gedrängt.
2. Die Bundesregierung verzichtete darauf, die Westmächte während der Außenministerkonferenz im Jahre 1954 dazu zu bewegen, europäische Sicherheit und Wiedervereinigung als zusammengehöriges Ganzes zu behandeln und Verhandlungen über den militärischen Status des wiedervereinigten Deutschlands zu führen.
3. Die Bundesregierung verzichtete auf eine vorrangige Behandlung der Wiedervereinigungsfrage nach dem Scheitern der EVG. Im Bundestag wurden alle Vorschläge der Sozialdemokraten zurückgewiesen, wenigstens parallel zu den Londoner und den Pariser Verhandlungen konkrete Bemühungen um Viermächteverhandlungen über die Wiedervereinigung anzustellen.
4. Die Bundesregierung unterließ es, die im November-Dezember 1954 von der Sowjetregierung und den Ostblockstaaten für den Fall des Verzichts auf die Eingliederung der Bundesrepublik in NATO gegebenen Zusicherungen und die am 15. Januar 1955 vom sowjetischen Außenminister erklärte Bereitschaft, freien Wahlen unter internationaler Kontrolle zustimmen zu wollen, am Verhandlungstisch zu prüfen.
5. Die Bundesregierung hat zu den beiden Genfer Konferenzen im Jahre 1955 weder ein eigenes Wiedervereinigungsprogramm vorgelegt noch bei allen vier Mächten diplomatische Sondierungen vorgenommen. Sie weigerte sich, die NATO-Mitgliedschaft und die sich aus den Pariser Verträgen ergebenden militärischen Verpflichtungen der Bundesrepublik zum Verhandlungsgegenstand machen zu lassen und zu versuchen, einen Vorschlag der westlichen Verhandlungspartner zu erwirken, die militärischen Verpflichtungen der Bundesrepublik einerseits und

der DDR andererseits Zug um Zug durch Verpflichtungen des wiedervereinigten Deutschlands in einem von den beiden Seiten der Weltmächte getragenen Sicherheitssystem zu ersetzen.

6. Sogar nach der Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion hat die Bundesregierung im Verlaufe des zwischen Bonn und Moskau in Gang gekommenen Notenwechsels die Ansätze zu Gesprächen über eine europäische Sicherheitszone selbst wieder fallen gelassen.
7. Die Bundesregierung hielt an der Forderung fest, daß auch das wiedervereinigte Deutschland dem Atlantikpakt angehören müsse. Die Wiedervereinigung ist aber nicht möglich, wenn nicht der Weg gefunden und beschriften wird, auf dem das militärische Potential Deutschlands weder der einen noch der anderen Seite zugeschlagen werden kann.

Es ist eine traurige Bilanz, aber sie endet mit dem Resultat, daß die Fortsetzung der allein auf den Atlantikpakt abgestellten Politik der Bundesregierung — wie sie Bundeskanzler Dr. Adenauer so nachdrücklich unterstrichen hat — und die Wiedervereinigung Deutschlands sich ausschließen. Deutschland wird nur dann wiedervereinigt werden können, wenn die beiden jetzt bestehenden Realitäten — die deutsche Mitgliedschaft in NATO und die Existenz der sogenannten DDR — überwunden werden durch Lösungen, wie wir sie wiederholt in Form des Europäischen Sicherheitssystems vorgeschlagen haben.

Regierungserklärung zeigt keine neuen Wege

Wir bedauern, daß die Bundesregierung auch in ihrer jetzigen Regierungserklärung keinen Ausweg aus der Sackgasse gezeigt hat, und daß sie nicht einmal ihre Bereitschaft hat erkennen lassen, Vorschläge in dieser Richtung zu prüfen.

Die Gegenüberstellung der Auffassung der dritten Regierung Adenauer und der Sozialdemokratie ergeben kein ermutigendes Bild im Hinblick auf die Möglichkeiten einer gemeinsamen Politik in den wichtigsten nationalen Fragen unseres Volkes. Es ist nicht die

Frage der Opposition um jeden Preis, es ist die grundverschiedene Beurteilung der Konsequenzen, die aus unserer inneren und äußeren Situation gezogen werden müssen.

Wir stehen vor der Tatsache, daß die Regierung und ihre Mehrheit offensichtlich entschlossen sind, hier im Inneren die Politik der Restaurierung, des Sicheinrichtens in diesem Teil Deutschlands nach dem Grundsatz „so gut wie möglich“ fortzuführen, und das Schicksal der Einheit unseres Volkes einer Politik anzuvertrauen, die Sicherheit, Einheit und Freiheit unseres Volkes allein basiert auf der in der NATO verkörperten Politik der Stärke.

Sie mögen sich dabei beruhigt und bestärkt fühlen durch den Wahlausgang vom 15. September. Wir beneiden sie um diese Ruhe nicht. Wir sind in Unruhe und Sorge. Wir haben es uns nicht leicht gemacht in der Auseinandersetzung mit den Vorschlägen und Plänen der Regierung. Wir haben nicht nur kritisiert und abgelehnt, wir haben eigene Vorschläge gemacht. Unser Verhalten zur Bundesregierung und ihrer Mehrheit wird bestimmt werden durch die Art und Weise, wie sie sich mit diesen Vorschlägen auseinandersetzen. Heute sind wir nicht in der Lage, dieser Regierung unser Vertrauen auszusprechen.

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Interessentengruppen und Regierungsbildung	3
Unwürdige Manipulationen bei der Kabinettsbildung	4
Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition	8
Die sozialdemokratische Position	9
Einheit in Freiheit	10
Bewahrung einer freiheitlichen demokratischen Ordnung	11
Förderung von Ländern und Kommunen notwendig	13
Wissenschaft und Forschung braucht Hilfe des Bundes	14
Unterstützung Berlins als künftige Hauptstadt Deutschlands	16
Abbau der Schranken an der Zonengrenze	17
Sicherheit und Landesverteidigung	19
Die Forderung nach einer sozialen Preispolitik	22
Diffamierung der Arbeitnehmer	25
Zonenrandgebiete noch immer Sorgenkind	27
Zur Eingliederung des Saarlandes	27
Voraussetzungen für Eigentumbildung	28
Förderung der Mittelschichten weiterhin ungenügend	29
Gegen Zusammenballung wirtschaftlicher Macht	30
Keine „Verwirtschaftung des Bundesbesitzes“	31
Einheitliche Energiewirtschaftspolitik notwendig	32
Ab Abschaffung des unsozialen Steuersystems	32
Maßnahmen zur Beseitigung des Verkehrswirrwars	34
Anwendung moderner Mittel der Wirtschaftspolitik	35
Verbesserung der Agrarstruktur notwendig	36
Gegen Abbau des sozialen Wohnungsbaues	38
Aufgabe des neuen Bund 1951: Sozialreform	39

	Seite
Mehr Mittel zur Förderung der Jugend	42
Die Familie als Grundlage der Gesellschaft	43
Die Eingliederung der Vertriebenen ist unbefriedigend	45
Außenpolitik der Bundesregierung gefährdet Frieden und Sicherheit	46
Sozialdemokratie fordert Verzicht auf Atomwaffen	47
Keine Initiative der früheren Bundesregierung	49
Vorschlag für eine Internationale Atomkonferenz	49
Förderung der Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern	51
Sozialdemokratie fordert Politik der Entspannung	52
Die Beziehungen zu den Völkern in Asien und Afrika	53
Beseitigung der Wirtschaftsschranken in Europa	54
Politik der Stärke schließt Wiedervereinigung aus	55
Regierungserklärung zeigt keine neuen Wege	57

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn, 11. 57

Druck: Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH, Hannover, Schwarzer Bär 8

